

Statistik der Sozialhilfe

Hilfe zur Pflege



2007

Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen am 30.03.2009
Artikelnummer: 5221020077004

Weitere Informationen zur Thematik dieser Publikation unter:
Gruppe VIII B "Soziales", Telefon: +49 (0) 228 - 99 / 643 8953; Fax: +49 (0) 228 - 99 / 643 8994
E-Mail: soziales@destatis.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Text

1. Aufgabe und Rechtsgrundlage der Hilfe zur Pflege	4
2. Die Entwicklung der Empfängerzahlen seit 1963	5
3. Die Entwicklung der Ausgaben seit 1963	7
4. Empfänger von Hilfe zur Pflege im Jahr 2007	8
5. Dauer der Hilfestellung	11
6. Die unterschiedlichen Leistungen der Hilfe zur Pflege im Jahr 2007	13
7. Ausgaben der Hilfe zur Pflege im Jahr 2007	16
8. Ausgaben je Empfänger	18
9. Exkurs: Soziale Pflegeversicherung und Heimkosten	20
10. Persönliches Budget	22
11. Die Hilfe zur Pflege 2007 im Ländervergleich	24
Zum Hintergrund der Statistik über die Hilfe zur Pflege	27

Anhangstabellen

D1*:	Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege im Laufe des Berichtsjahres 2007
D2*:	Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege am Jahresende 2007
D3*:	Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege nach (bisheriger) Dauer der Hilfestellung insgesamt (in und außerhalb von Einrichtungen) 2007
D4*:	Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege nach (bisheriger) Dauer der Hilfestellung in Einrichtungen 2007
D5*:	Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege in Form eines Persönlichen Budgets nach (bisheriger) Dauer der Hilfestellung 2007
D6:	Bruttoausgaben, Einnahmen und Nettoausgaben der Sozialhilfe für Hilfe zur Pflege nach Ort der Hilfestellung, Art der Leistung und Art der Einnahmen im Laufe des Berichtsjahres 2007
D7:	Zeitreihe 1963 bis 2007 Bruttoausgaben der Sozialhilfe und der Hilfe zur Pflege sowie Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege
L1:	Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege nach Anzahl, Anzahl je 1 000 Einwohner, Ort der Hilfestellung und Ländern im Laufe des Berichtsjahres 2007
L2*:	Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege nach Leistungsarten und Ländern im Laufe des Berichtsjahres 2007
L3*:	Anteile der verschiedenen bewilligten Leistungen der Hilfe zur Pflege an der Anzahl der bewilligten Leistungen insgesamt nach Ländern im Laufe des Berichtsjahres 2007
L4:	Ausgaben und Einnahmen der Hilfe zur Pflege nach Ort der Hilfestellung und Ländern im Laufe des Berichtsjahres 2007
L5:	Bruttoausgaben der Hilfe zur Pflege nach Leistungsarten und Ländern im Laufe des Berichtsjahres 2007
L6:	Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege sowie Nettoausgaben für die Hilfe zur Pflege nach Art des Trägers und Ländern im Laufe des Berichtsjahres 2007

* Deutschland ohne Bremen

1. Aufgabe und Rechtsgrundlage der Hilfe zur Pflege

Die Hilfe zur Pflege hat die Aufgabe, bedürftige Personen, die in Folge von Krankheit oder Behinderung bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf fremde Hilfe angewiesen sind, zu unterstützen.

Sie wird jedoch nur geleistet, wenn der Pflegebedürftige die Pflegeleistungen finanziell weder selbst tragen kann noch sie von anderen – z.B. der Pflegeversicherung – erhält. Bis zum Inkrafttreten des Pflegeversicherungsgesetzes zum 1. Januar 1995 und den daraus resultierenden Leistungen seit April 1995 (häusliche Pflege) beziehungsweise seit Juli 1996 (stationäre Pflege) war die Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe das wichtigste Instrument zur materiellen Absicherung bei Pflegebedürftigkeit.

Bis Ende des Jahres 2004 bildete das 1962 in Kraft getretene Bundessozialhilfegesetz (BSHG) die rechtliche Grundlage für diese Leistung. Dieses wurde am 01.01.2005 durch das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) abgelöst; die Hilfe zur Pflege wird seither nach dem 7. Kapitel SGB XII gewährt.

*Hilfe zur Pflege
= bedarfsorientierte
Unterstützungsleistung
für pflegebedürftige
Personen*

2. Die Entwicklung der Empfängerzahlen seit 1963

Die Entwicklung der Fallzahlen bei den Empfängern von Hilfe zur Pflege lässt sich grob in drei Phasen einteilen: Einem kontinuierlichen Anstieg folgte ein starker Rückgang, dem nun wieder ein gemäßigter kontinuierlicher Anstieg folgt.

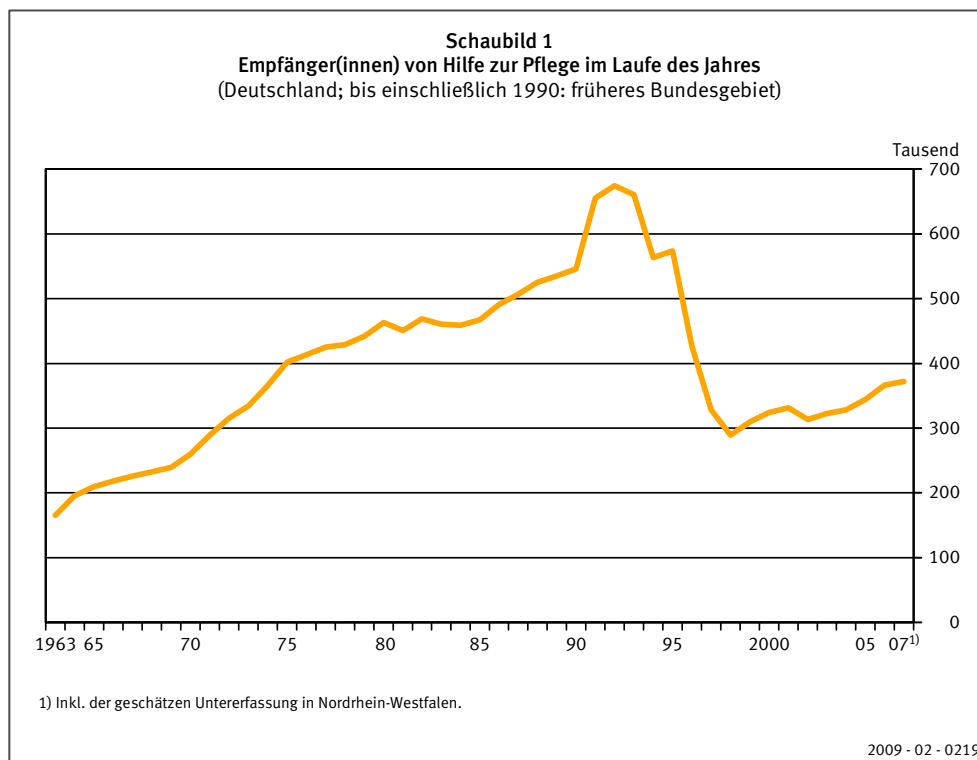
So stieg die Zahl der Personen, die im Laufe eines Jahres Hilfe zur Pflege erhielten, seit In-Kraft-Treten des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) im Jahr 1962 im Zeitverlauf bis zur Wiedervereinigung annähernd gleichmäßig an: Ausgehend von einer jährlichen Empfängerzahl von rund 165 000 im Jahr 1963 war bis 1990 im früheren Bundesgebiet eine Zunahme auf rund 546 000 Hilfeempfänger zu beobachten.

Mit der Wiedervereinigung kam eine Vielzahl Leistungsberechtigter hinzu, daher stieg die Zahl der Empfänger von Hilfe zur Pflege in Deutschland zum Jahr 1991 auf 655 000 Personen sprunghaft an und gipfelte 1992 mit 675 000 Personen.

Bis 1998 waren dann zum Teil starke Rückgänge bei den Empfängerzahlen zu verzeichnen, insbesondere 1996 und 1997 durch das Inkrafttreten des Pflegeversicherungsgesetzes zum 1. Januar 1995 und den daraus resultierenden Leistungen seit April 1995 bei der häuslichen beziehungsweise seit Juli 1996 bei der stationären Pflege.

Seit 1998 steigt die Zahl der Empfänger wieder allmählich an (Ausnahme: 2002). Im Laufe des Jahres 2007 bezogen rund 372 000 Personen Hilfe zur Pflege. (Bitte beachten Sie hierzu die Hinweise zu den Empfängerzahlen 2007 auf Seite 8.)

Nach starkem Rückgang durch die Pflegeversicherung nun wieder leichter Anstieg der Empfängerzahlen



Die Entwicklung der Empfängerzahlen seit 1963

Hinweis zur Zählweise „Im Laufe des Jahres“:

Bei den Empfängern von Hilfe zur Pflege „im Laufe des Jahres 2007“ handelt es sich um Personen, die während des Kalenderjahres 2007 mindestens einmal Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe erhalten haben. Bei einer Unterbrechung der Hilfe um mehr als vier Wochen ist der Fall abzuschließen; daher kann es zu Mehrfachzählungen kommen, wenn ein und der selbe Hilfeempfänger nach einer solchen Unterbrechung die Leistung erneut erhält und folglich erneut erfasst wird.

*Neben dieser den gesamten Zeitraum 2007 umfassenden Zählweise werden aber auch Angaben zum **Stichtag** am Jahresende erhoben, hier: 31.12.2007. Die Stichtagszahlen sind naturgemäß kleiner als die entsprechenden Daten zu „im Laufe des Jahres“ (siehe Anhangtabelle D 2).*

Die Entwicklung bei den absoluten Empfängerzahlen spiegelt sich auch in der Empfängerquote bezogen auf die Gesamtbevölkerung wider: Während 1963 nur knapp 3 von 1 000 Einwohnern in Deutschland Hilfe zur Pflege bezogen, waren es Ende der 1980er Jahre 8,6 Personen. Durch die Pflegeversicherung sank die Quote danach bis zum Jahr 1998 auf 3,5 Empfänger je 1 000 Einwohner; 2007 sind es inzwischen wieder 4,5 von 1 000 Einwohnern, die Leistungen der Hilfe zur Pflege erhalten (siehe Anhangtabelle D 7).

Hilfe zur Pflege erhalten naturgemäß in erster Linie Personen im fortgeschrittenen Lebensalter. Aufgrund der demographischen Entwicklung – kontinuierlicher Anstieg des Anteils älterer Personen an der Gesamtbevölkerung – ist bei gleichbleibender Rechtslage auch weiterhin nicht mit einem Rückgang der Empfängerzahlen zu rechnen.

3. Die Entwicklung der Ausgaben seit 1963

Entsprechend der Entwicklung bei den Empfängerzahlen sind auch die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege seit Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes bis zur Wiedervereinigung kontinuierlich gestiegen: Während die Bruttoausgaben für diese Hilfeart 1963 lediglich rund 0,2 Milliarden Euro betragen, lagen sie im Jahr 1990 bei 5,2 Milliarden Euro.

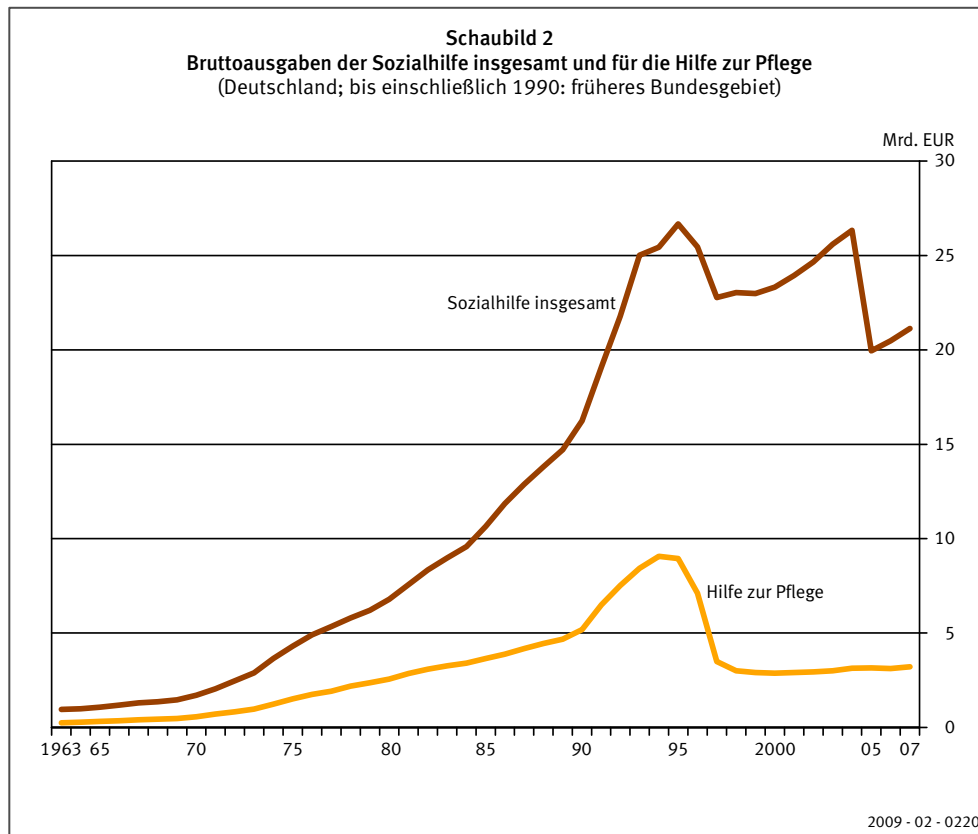
Nach der Wiedervereinigung stiegen die Bruttoausgaben für die Hilfe zur Pflege bis zum Jahr 1994 nochmals deutlich an, und zwar bis auf die Rekordhöhe von 9,1 Milliarden Euro im Jahr 1994.

In den Folgejahren (am stärksten in den Jahren 1996 und 1997) machte sich dann die Einführung der Pflegeversicherung stark bemerkbar: Von 9,1 Milliarden Euro im Jahr 1994 sanken die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe um mehr als zwei Drittel (68 %) auf circa je 2,9 Milliarden Euro in den Jahren 1999 bis 2002.

Allerdings ist seit 2001 wieder ein leichter Anstieg der Ausgaben festzustellen: So wurden im Jahr 2007 für die Hilfe zur Pflege 3,2 Milliarden Euro verausgabt.

Ein Blick auf die Zusammensetzung der Sozialhilfeausgaben in Deutschland im Zeitverlauf zeigt, dass im Vergleich mit den anderen Hilfearten der Sozialhilfe der Anteil der Hilfe zur Pflege deutlich abgenommen hat: Während die Bruttoausgaben für die Hilfe zur Pflege von 1976 bis 1995 jeweils mehr als 30 % der gesamten Sozialhilfeausgaben ausmachten, liegt der Anteil dieser Hilfeart im Jahr 2007 nur noch bei circa 15 %.

*Moderater
Wiederanstieg
der Ausgaben
seit 2001*



4. Empfänger von Hilfe zur Pflege im Jahr 2007

Im Laufe des Jahres 2007 erhielten in Deutschland rund 1,1 Millionen Personen Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“). Diese Leistungen waren bis Ende 2004 unter dem Oberbegriff „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ bekannt.

Zu dieser Gruppe von Sozialhilfe-Leistungen zählt auch die Hilfe zur Pflege, die 2007 von rund 372 000 Personen beansprucht wurde (+1,6 % gegenüber dem Vorjahr).

*Circa 372 000
Empfänger von
Hilfe zur Pflege
im Laufe des
Jahres 2007*

Hinweise zu den Empfängerzahlen 2007:

*Für das Berichtsjahr 2007 wurden von den Statistischen Landesämtern insgesamt 357 371 Personen gemeldet, die im Laufe des Jahres Hilfe zur Pflege erhielten. Aus softwaretechnischen Gründen konnten allerdings in **Nordrhein-Westfalen** circa 14 500 Empfänger (geschätzt) nicht erfasst werden, davon circa 13 500 in Einrichtungen und circa 1 000 außerhalb von Einrichtungen. Diese*

Empfänger von Hilfe zur Pflege im Jahr 2007

werden in dieser Veröffentlichung - soweit möglich und sinnvoll - hinzugerechnet.

Bremen konnte - ebenfalls aus softwaretechnischen Gründen - für das Berichtsjahr 2007 nur einige Eckdaten zur Statistik über die Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII liefern. Sofern möglich, handelt es sich bei den Angaben in dieser Veröffentlichung um die Daten für Deutschland insgesamt; bei den tiefer gegliederten Daten können nur die Werte für Deutschland ohne Bremen (und ohne die 14 500 fehlenden Fälle aus Nordrhein-Westfalen) herangezogen werden.

Je 1 000 Einwohner gab es im Laufe des Jahres 4,5 pflegebedürftige Menschen, die Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII erhielten. Nur knapp ein Drittel (32 %) dieser Empfänger waren männlich, 68 % weiblich¹.

Die Empfänger von Hilfe zur Pflege waren im Durchschnitt 75 Jahre alt (Männer: 66 Jahre, Frauen: 79 Jahre); die überwiegende Mehrheit (79 %) war älter als 64 Jahre, nur 1 % war minderjährig, 21 % gehörten zur Altersgruppe der 18 bis unter 65jährigen.

Der Anteil der deutschen Hilfeempfänger betrug 94 %, der Anteil der ausländischen entsprechend 6 %.

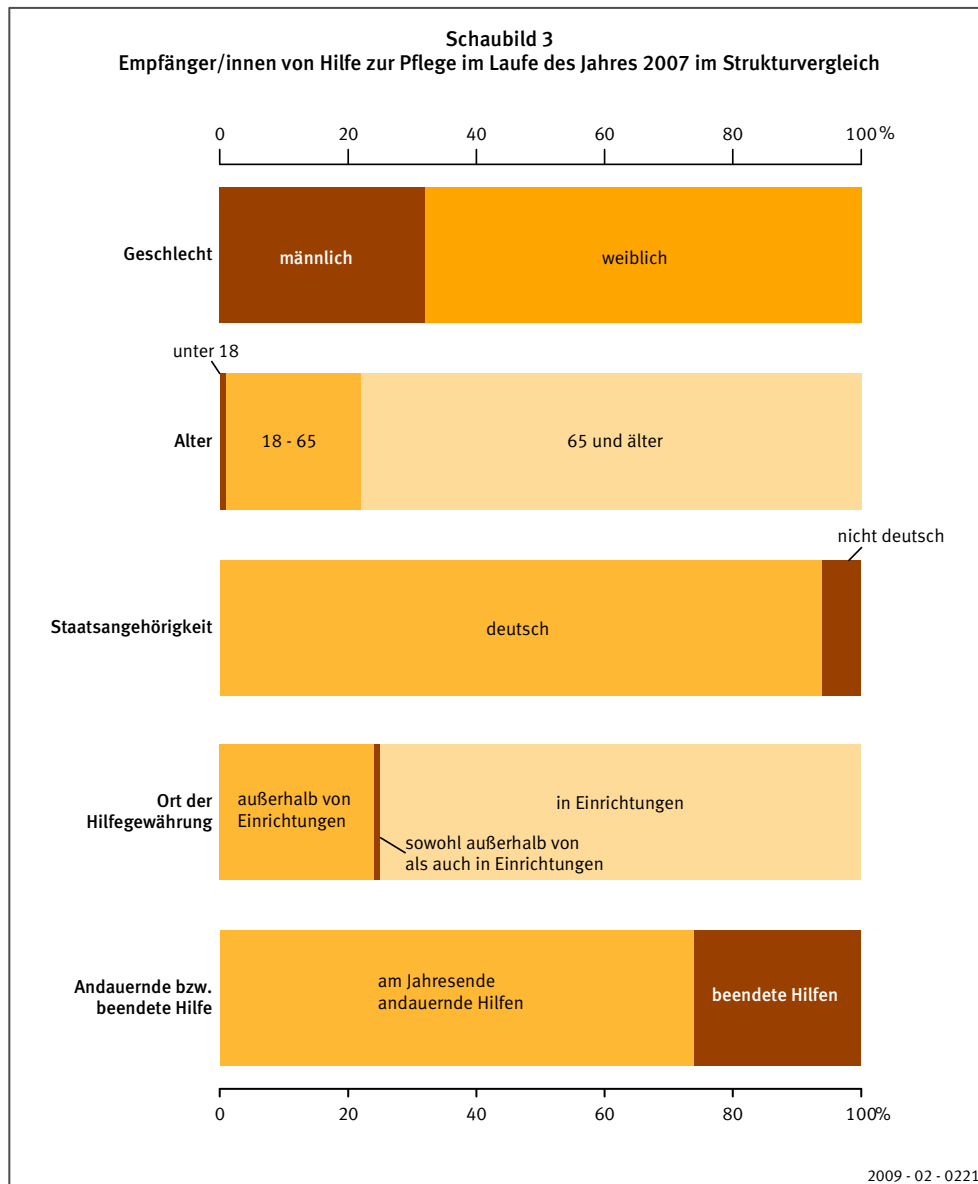
Die Hilfe zur Pflege wurde 2007 an 75 % der Leistungsberechtigten ausschließlich in Einrichtungen gewährt; 24 % erhielt die Hilfe ausschließlich außerhalb von Einrichtungen. Circa 1 % der Empfänger erhielt im Laufe des Jahres 2007 sowohl Leistungen in als auch außerhalb von Einrichtungen.

74 % aller Empfänger, die im Laufe des Jahres 2007 Hilfe zur Pflege erhielten, standen auch am Jahresende 2007 noch im Leistungsbezug. In 26 % der Fälle wurde die Hilfestellung im Laufe des Jahres eingestellt. Allgemein lässt sich hieraus auf eine eher geringe Fluktuation des Empfängerkreises schließen.

*Drei Viertel
der Hilfe
zur Pflege
erfolgte in
Einrichtungen*

¹ Zugunsten einer besseren Lesbarkeit wird im Text auf die Ergänzung um die weibliche Form, hier z.B. Empfängerinnen, verzichtet. Wenn nicht explizit anders angegeben, sind jedoch stets beide Geschlechter gemeint.

Empfänger von Hilfe zur Pflege im Jahr 2007



5. Dauer der Hilfestellung

Im Laufe des Jahres 2007 wurde in Deutschland (ohne Bremen) für rund 92 000 Empfänger die Hilfe zur Pflege eingestellt. Das Durchschnittsalter der betroffenen Personen betrug 77 Jahre.

Die überwiegende Mehrzahl (259 000 Personen; Durchschnittsalter 75 Jahre) stand aber auch über das Jahresende 2007 hinaus weiter im Leistungsbezug.

Während die im Jahr 2007 abgeschlossenen Hilfen im Durchschnitt 2,4 Jahre dauerten (endgültige Bezugsdauer), ergab sich für die Hilfestellung der noch andauernden Hilfe zur Pflege ein durchschnittlicher Wert von 3,6 Jahren (bisherige Bezugsdauer).

Etwa jeder fünfte Leistungsberechtigte mit weiterhin andauerndem Leistungsbezug gehört zu den sogenannten „Langzeitfällen“ mit einer bisherigen Dauer von mindestens 5 Jahren. Bei den abgeschlossenen Hilfen betrug der Anteil der Langzeitfälle lediglich 13 %.

Bei den im Berichtsjahr 2007 beendeten Fällen machen die sogenannten „Kurzzeitfälle“, dies sind Hilfestellungen mit einer Dauer von weniger als einem Jahr, 43 % aus; bei den am Jahresende andauernden Hilfen waren es nur 27 %.

Die beiden verschiedenen Betrachtungen über die endgültige Dauer bei den beendeten Hilfen einerseits und über die bisherige Dauer bei den andauernden Hilfen andererseits lassen sich systembedingt kaum miteinander vergleichen: Bei den über das Jahresende 2007 hinaus andauernden Hilfen werden die kurzfristigeren Leistungsbeihilfungen mit einer Dauer von weniger als einem Jahr stark unterrepräsentiert, weil nur die wenigsten der betreffenden Zeiträume zufällig den Stichtag 31.12. umfassen.

Andererseits werden - ebenfalls systembedingt - bei den im Laufe des Jahres beendeten Hilfen solche Personen mehrfach als Kurzzeitempänger gezählt, die z.B. verschiedene kurzfristige Hilfeleistungen im Laufe eines Jahres erhalten haben, zwischen deren Laufzeit aber eine Unterbrechung der Leistungsgewährung von mehr als vier Wochen erfolgte.

Jeder 5. Empfänger erhält die Hilfe zur Pflege schon 5 Jahre oder länger

Dauer der Hilfestellung

Tabelle 1

Empfänger/-innen von Hilfe zur Pflege 2007 nach
beendeten bzw. andauernden Hilfen sowie Dauer und Ort der Hilfestellung
(Deutschland ohne Bremen)

Empfänger/ -innen von...	Empfänger/ -innen insgesamt	Darunter mit einer (bis- herigen) Hilfedauer von		Durchschnittliche(s)	
		weniger als 1 Jahr (Kurz- zeitfälle)	mehr als 5 Jahren (Lang- zeitfälle)	Alter der Empfänger	(bisherige) Dauer der Hilfestellung
	Anzahl	Anteil von Spalte 1 in %		Jahre	
...während des Jahres beendeter Hilfe	Hilfestellung insgesamt				
	92 246	42,7	12,9	76,6	2,4
...am Jahres- ende andauernder Hilfe	259 191	27,0	20,3	74,6	3,6
...während des Jahres beendeter Hilfe	Hilfestellung in Einrichtungen				
	66 923	41,5	12,0	79,7	2,3
...am Jahres- ende andauernder Hilfe	198 770	29,2	16,6	77,3	3,2

Ab dem Berichtsjahr 2007 wird in der amtlichen Sozialhilfestatistik der Beginn und gegebenenfalls das Ende der Gewährung von Hilfe zur Pflege **in Einrichtungen** gesondert ausgewiesen.

Im Laufe des Jahres 2007 wurde die Hilfestellung in Einrichtungen in 67 000 Fällen eingestellt. Das Durchschnittsalter der betroffenen Empfänger lag bei knapp 80 Jahren und damit - ebenso wie bei den Empfängern insgesamt - etwas höher als das Durchschnittsalter der Empfänger mit weiterhin laufendem Hilfebezug (77 Jahre). Die Anteile der Kurzzeit- und Langzeitfälle liegen bei der Leistungsgewährung in Einrichtungen in einem ähnlichen Wertebereich wie bei den Leistungsgewährungen insgesamt, die durchschnittliche (bisherige) Dauer der Hilfestellung jeweils nur knapp darunter (siehe Tabelle 1).

6. Die unterschiedlichen Leistungen der Hilfe zur Pflege im Jahr 2007

Die insgesamt 351 000 zur Statistik gemeldeten Personen (Deutschland ohne Bremen und ohne die geschätzte Untererfassung in NW), denen im Laufe des Jahres 2007 Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel SGB XII gewährt wurde, erhielten insgesamt 386 000 verschiedene Einzelleistungen.

Für Empfänger von Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen sieht das Gesetz deutlich mehr unterschiedliche Einzelleistungen für verschiedene Bedarfssituationen vor, während bei Empfängern, die in Einrichtungen (Pflegeheime u.ä.) leben, der Bedarf i.d.R. komplett durch die Bewilligung von stationärer Pflege abgedeckt wird. Dem entsprechend entfielen auf einen Empfänger außerhalb von Einrichtungen im Schnitt 1,3 bewilligte Leistungsarten; je Empfänger in Einrichtungen wurde fast immer nur eine Leistungsart – eben die stationäre Pflege – bewilligt.

Die Prozentangaben im folgenden Abschnitt beziehen sich nicht unmittelbar auf die Anzahl der jeweiligen Empfänger, sondern auf die Anzahl der bewilligten Einzelleistungen.

Eine detaillierte Betrachtung dieser Leistungen ergibt folgendes Bild: 31 % der bewilligten Einzelleistungen waren Leistungen **außerhalb von Einrichtungen**.

Bei gut einem Drittel dieser Leistungen (11 % der Einzelleistungen insgesamt) handelte es sich um die Gewährung von Pflegegeld nach § 64 SGB XII, wobei das Pflegegeld bei erheblicher Pflegebedürftigkeit (Pflegestufe I) mit 6 % überwog. Auf das Pflegegeld bei schwerer Pflegebedürftigkeit (Pflegestufe II) entfielen 4 %, auf das Pflegegeld bei schwerster Pflegebedürftigkeit (Pflegestufe III) lediglich 1 % der Einzelleistungen.

Bei der sogenannten häuslichen Pflege (§ 63 SGB XII) soll der Sozialhilfeträger darauf hinwirken, dass die Pflege einschließlich der hauswirtschaftlichen Versorgung von Personen übernommen wird, die dem Pflegebedürftigen nahestehen. Diese Personen nennt das SGB XII „Pflegepersonen“ - im Unterschied zu den „besonderen Pflegekräften“, deren Heranziehung neben oder anstelle einer „Pflegeperson“ geboten sein kann, z.B. auch zur Beratung oder zeitweiligen Entlastung der „Pflegeperson“.

Knapp ein Drittel der bewilligten Leistungen zur Pflege außerhalb von Einrichtungen (10 % der Leistungen insgesamt) betraf die Kostenübernahme für die Heranziehung solcher „besonderen Pflegekräfte“.

Die unterschiedlichen Leistungen der Hilfe zur Pflege im Jahr 2007

Die speziell für die sogenannten „Pflegepersonen“ nach § 65 SGB XII vorgesehenen Leistungen (angemessene Aufwendungen, angemessene Beihilfen, Aufwendungen für eine angemessene Alterssicherung) machen hingegen nur circa 8 % der Einzelbewilligungen aus.

Ferner handelte es sich bei 2 % der bewilligten Leistungen im Rahmen der Hilfe zur Pflege um Übernahme der Kosten für Hilfsmittel (Gehhilfen, Rollstühle, etc.).

Bei 69 % der Bewilligungen von Hilfe zur Pflege ging es um Leistungen **in Einrichtungen**.

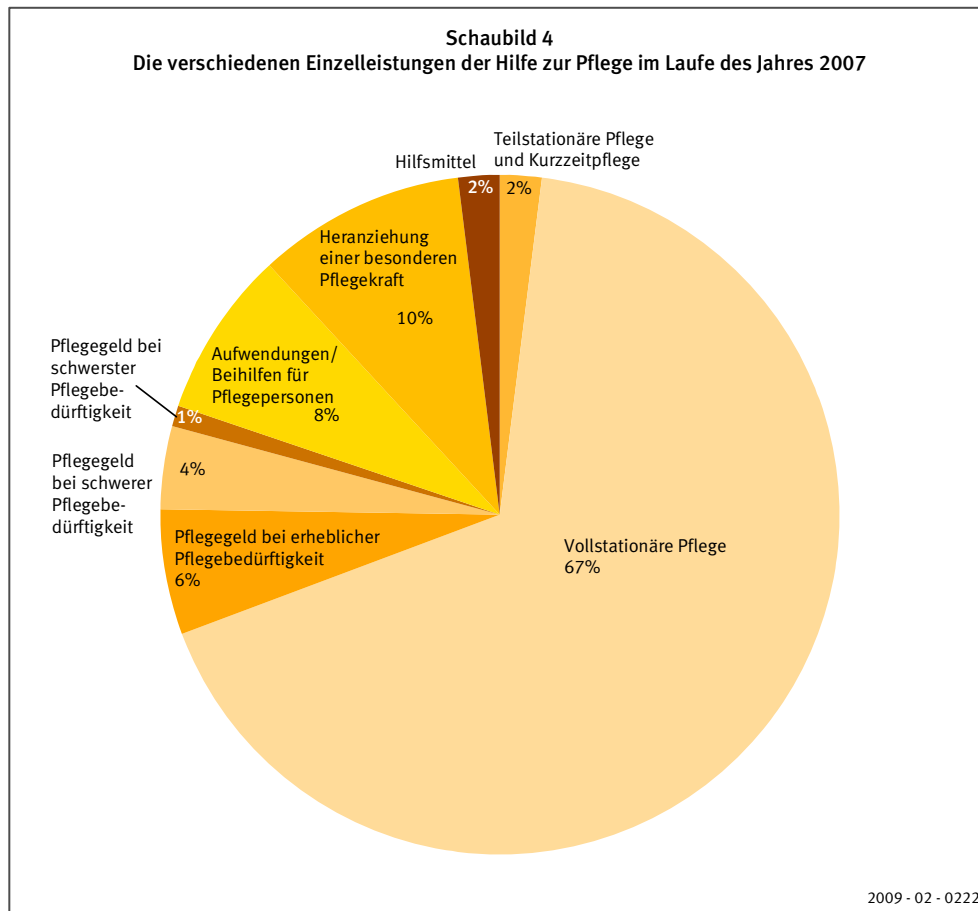
Hierbei handelte es sich fast ausschließlich um vollstationäre Pflege gem. § 43 SGB XI; die teilstationäre Pflege und die sogenannte Kurzzeitpflege spielten dagegen mit Anteilen von jeweils weniger als 1 % eine untergeordnete Rolle.

Teilstationäre Pflege wird in Einrichtungen gewährt, in denen die Leistungsberechtigten Tagespflege bzw. Nachtpflege erhalten. Die teilstationäre Pflege umfasst auch die notwendige Beförderung des Pflegebedürftigen von der Wohnung zur Einrichtung und zurück (§ 41 SGB XI).

Kurzzeitpflege wird für eine Übergangszeit im Anschluss an eine stationäre Behandlung des Pflegebedürftigen oder in sonstigen Krisensituationen gewährt, in denen vorübergehend häusliche oder teilstationäre Pflege nicht möglich oder nicht ausreichend ist (§ 42 SGB XI).

98 % der Empfänger in Einrichtungen erhielten vollstationäre Pflege

Die unterschiedlichen Leistungen der Hilfe zur Pflege im Jahr 2007

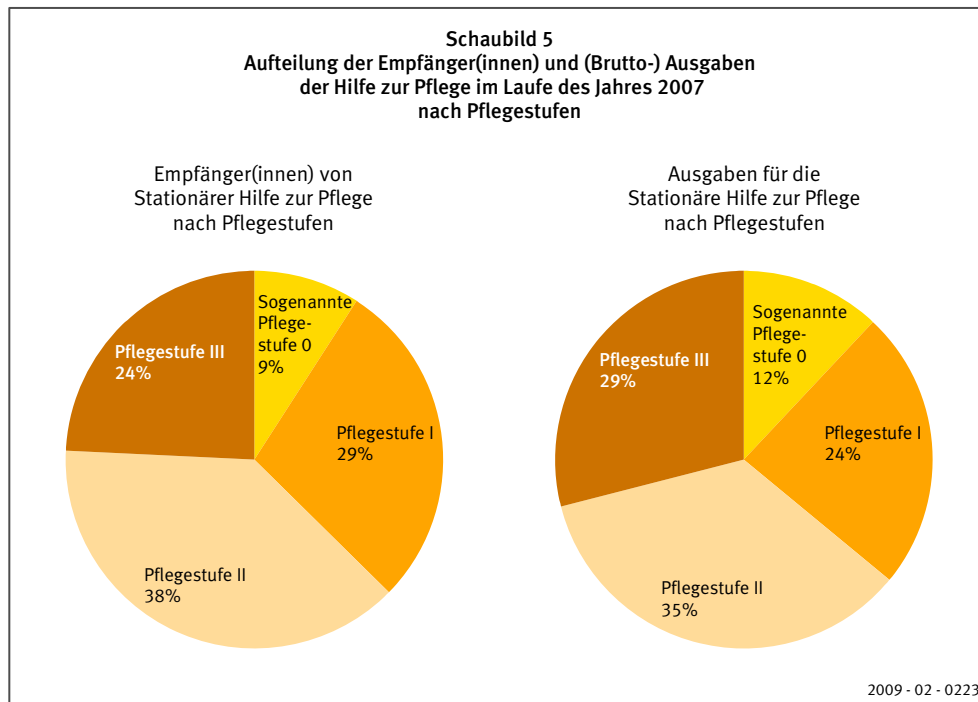


Im Jahr 2007 sollten sowohl in der Empfänger- als auch in der Ausgaben-Statistik die Leistungen der vollstationären Pflege erstmalig nach Pflegestufen aufgeteilt werden.

Nicht alle Berichtsstellen waren in der Lage, dieses neue Merkmal sofort umzusetzen; daher liegt diese Angabe noch nicht für alle Empfänger von stationärer Pflege und für alle getätigten Ausgaben für die stationäre Pflege vor. In den Tabellen D 1 (Empfänger) und D 6 (Ausgaben) ist daher auch die Summe der Unterpositionen nach Pflegestufen geringer als die Angabe zur stationären Pflege insgesamt.

Bei den gemeldeten Fällen sowie bei den Bruttoausgaben ergab sich folgende Aufteilung:

Die unterschiedlichen Leistungen der Hilfe zur Pflege im Jahr 2007



Eine genaue Auflistung sämtlicher Einzelleistungen ist der Anhangtabelle D 1 zu entnehmen. Zu beachten ist hierbei, dass in der Statistik einerseits die Leistungsempfänger, also Personen, andererseits die Anzahl der bewilligten Leistungen gezählt werden und dass auf eine Person mehrere verschiedene Leistungen entfallen können.

7. Ausgaben der Hilfe zur Pflege im Jahr 2007

Insgesamt gaben die Träger der Sozialhilfe im Jahr 2007 brutto 3,2 Milliarden Euro für die Hilfe zur Pflege aus. Nach Abzug der Einnahmen - insbesondere waren dies Erstattungen von anderen Sozialleistungsträgern - verblieben **Nettoausgaben** in Höhe von 2,7 Milliarden Euro. Dies waren 5,4 % mehr als 2006. Der Anteil der Nettoausgaben für die Hilfe zur Pflege an den gesamten Nettoaufwendungen der Sozialhilfe betrug 14 %.

Im Jahr 2007 wurden rund 624 Millionen Euro (23 %) der Nettoausgaben für Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen getätigt, die übrigen 2,0 Milliarden Euro (77 %) wurden für Leistungen in Einrichtungen erbracht.

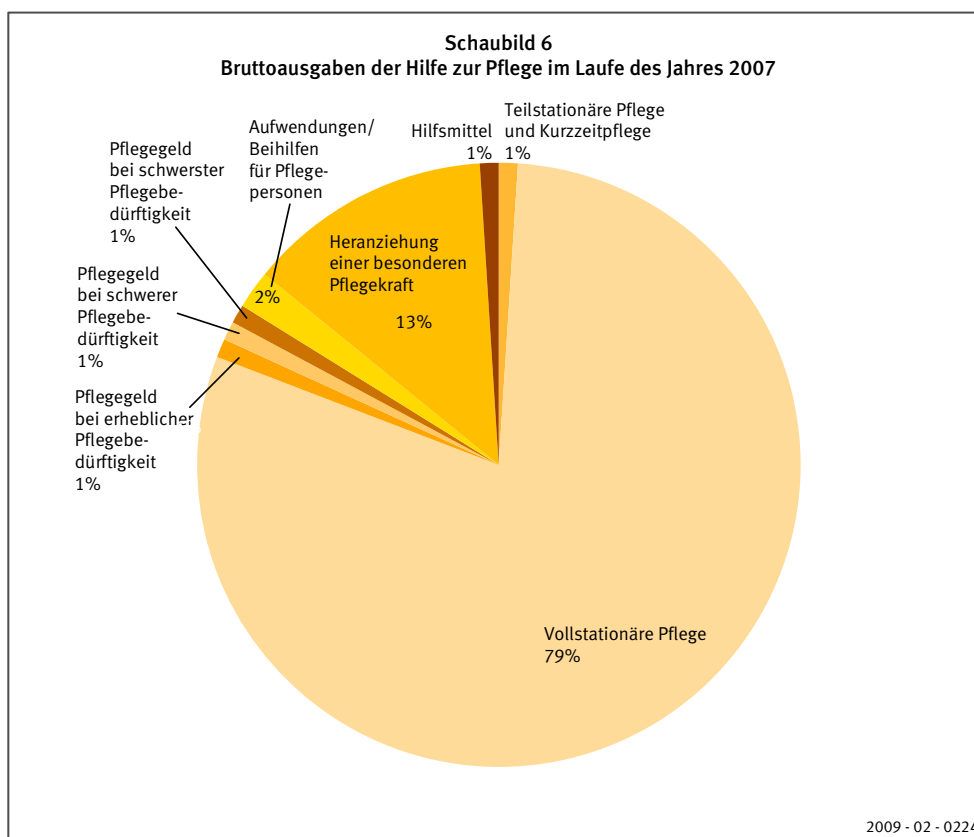
Für die detaillierte Betrachtung der Ausgaben für die einzelnen Leistungsarten der Hilfe zur Pflege wird im Folgenden auf die **Bruttoausgaben** abgestellt, da die Einnahmen lediglich für die Hilfe zur Pflege insgesamt erfasst werden und **nicht** auf einzelne Leistungsarten aufgeschlüsselt werden können.

Ausgaben für Hilfe zur Pflege vorwiegend für Leistungen in Einrichtungen

Ausgaben der Hilfe zur Pflege im Jahr 2007

Von den rund 3,2 Milliarden Euro Bruttoausgaben der Hilfe zur Pflege entfällt der bei weitem größte Teil, nämlich 2,5 Milliarden Euro bzw. 80 %, auf Leistungen **in Einrichtungen**. Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um Leistungen der vollstationären Pflege. Die Ausgaben für teilstationäre Pflege und Kurzzeitpflege machen zusammen nur 30 Millionen Euro (etwa 1 % der Bruttoausgaben) aus.

Lediglich 20 % (rund 644 Millionen Euro) der Bruttoausgaben für Hilfe zur Pflege fallen für Leistungen **außerhalb von Einrichtungen** an. Der größte Teil hiervon (420 Millionen Euro – 13 % der Bruttogesamtausgaben der Hilfe zur Pflege) entfällt auf die Kostenübernahmen für die Heranziehung von besonderen Pflegekräften. Dem hingegen wurden lediglich circa 2 % der Ausgaben für angemessene Aufwendungen und Beihilfen (80 Millionen Euro) von/für Pflegepersonen getätigt. Das Pflegegeld macht pro Pflegestufe je nur circa 1 % der Bruttoausgaben für die Hilfe zur Pflege aus: Insgesamt wurden im Berichtsjahr 2007 rund 46 Millionen Euro Pflegegeld wegen erheblicher Pflegebedürftigkeit (Pflegestufe I), 42 Millionen Euro Pflegegeld wegen schwerer Pflegebedürftigkeit (Pflegestufe II) sowie 34 Millionen Euro Pflegegeld wegen schwerster Pflegebedürftigkeit (Pflegestufe III) gewährt. Für die von der Sozialhilfe gewährten Hilfsmittel wurden ebenfalls nur circa 1 % der Bruttoausgaben (22 Millionen Euro) aufgewendet.



8. Ausgaben je Empfänger

Dividiert man die jährlichen Nettoausgaben für die Hilfe zur Pflege durch die Anzahl der Empfänger von Hilfe zur Pflege im Laufe des Jahres, so können mit Hilfe dieser **Modellrechnung** die durchschnittlichen Nettoausgaben je Empfänger während des Kalenderjahres **abgeschätzt** werden. Führt man diese Rechnung mit den jeweiligen Werten getrennt nach dem Ort der Hilfestellung (= außerhalb von bzw. in Einrichtungen) durch, dann zeigt sich, dass die durchschnittlichen Ausgaben pro Empfänger in Einrichtungen nur geringfügig über den Ausgaben pro Empfänger außerhalb von Einrichtungen liegen. So wurden im Jahr 2007 je Empfänger außerhalb von Einrichtungen 6 721 Euro an Hilfe zur Pflege aufgewandt; in Einrichtungen lagen die Ausgaben pro Empfänger bei 7 221 Euro.

Hilfe zur Pflege dient hauptsächlich zur Aufstockung anderweitiger Einkommen und Ansprüche

Angesichts dieser relativ geringen Beträge pro Jahr und Empfänger wird deutlich, dass die Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe in erster Linie Lücken schließt, die vom Einkommen und anderweitigen Ansprüchen der Leistungsberechtigten – insbesondere durch die Leistungen der Pflegeversicherung (siehe Kapitel 9) – nicht gedeckt werden können.

Tabelle 2
Durchschnittliche Ausgaben (netto) der Hilfe zur Pflege je Empfänger/-in im Laufe des Berichtsjahres nach Ort der Hilfestellung

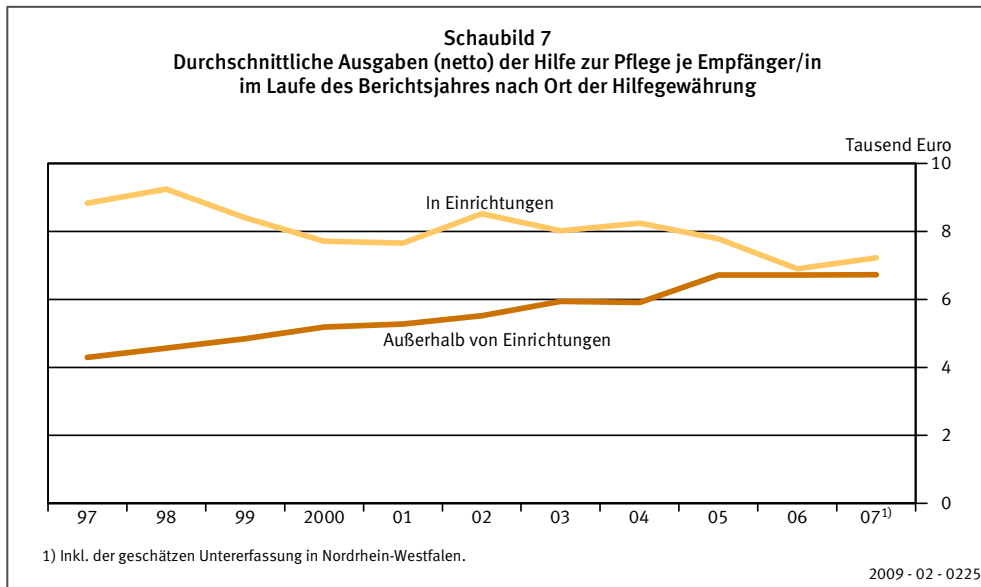
Jahr	Außerhalb von Einrichtungen		In Einrichtungen	
	Anzahl der Empfänger/-innen	Ø Nettoausgaben je Empfänger/-in	Anzahl der Empfänger/-innen	Ø Nettoausgaben je Empfänger/-in
1997	87 539	4 289	241 586	8 830
1998	85 387	4 571	204 882	9 244
1999	81 941	4 843	228 886	8 402
2000	79 558	5 182	245 680	7 716
2001	83 277	5 277	249 462	7 655
2002	85 779	5 522	228 789	8 513
2003	86 625	5 944	237 647	8 018
2004	88 805	5 914	241 169	8 243
2005	81 491	6 712	265 146	7 783
2006	89 535	6 712	279 597	6 899
2007*	92 792	6 721	282 872	7 221

* inkl. der geschätzten Untererfassung in NRW

In den letzten zehn Jahren sind die durchschnittlichen Nettoausgaben je Empfänger von Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen nach dieser Modellrechnung nahezu stetig angestiegen. 1997 wurden pro Empfänger außerhalb von Einrichtungen noch durchschnittlich 4 289 Euro (netto) aufgewendet, bis zum Jahr 2007 stieg dieser Betrag um 57 % auf 6 721 Euro an.

Ausgaben je Empfänger

Im stationären Bereich (d.h. in Einrichtungen) sind dagegen die durchschnittlichen Ausgaben je Empfänger nach diversen Schwankungen merklich gesunken: Während sie 1997 noch bei 8 830 Euro lagen, wurde nun für 2007 ein Durchschnittswert in Höhe von 7 221 Euro (-18 %) ermittelt.



9. Exkurs: Pflegeversicherung und Heimkosten

Grundsätzlich gehören alle in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Personen zur sozialen Pflegeversicherung. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie in der gesetzlichen Krankenversicherung als Pflichtversicherte, Familienversicherte, Rentner oder freiwilliges Mitglied versichert sind. Freiwillig Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung haben die Möglichkeit, sich von der Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung befreien zu lassen und eine private Pflegeversicherung abzuschließen. Wer gegen Krankheit bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichert ist, muss eine private Pflegeversicherung abschließen.

Nach der Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes waren **im Dezember 2007** 2,25 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI). Das waren - im Zuge der Alterung der Bevölkerung - rund 118 000 oder 5,6 % mehr als 2005 und 231 000 beziehungsweise 11,4 % mehr als bei der ersten Durchführung der Erhebung im Jahr 1999. Die Mehrheit (68 %) der Pflegebedürftigen waren Frauen. 83 % der Pflegebedürftigen waren 65 Jahre und älter; rund ein Drittel (35 %) 85 Jahre und älter.

*2,25 Millionen
Pflegebedürftige
in Deutschland*

Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko pflegebedürftig zu sein. Während im Dezember 2007 bei den 70- bis unter 75-Jährigen jeder zwanzigste (5 %) pflegebedürftig war, wurde für die ab 90-Jährigen die höchste Pflegequote ermittelt: Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Menschen dieser Altersgruppe betrug 62 %.

Mehr als zwei Drittel (68 % oder 1,54 Millionen) aller 2,25 Millionen Pflegebedürftigen wurden zu Hause versorgt. Davon erhielten 1,03 Millionen Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld, das bedeutet, sie wurden in der Regel zu Hause allein durch Angehörige gepflegt. Weitere 504 000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten. Bei ihnen erfolgte die Pflege jedoch zum Teil oder vollständig durch ambulante Pflegedienste. 709 000 (32 %) Pflegebedürftige wurden in Pflegeheimen betreut.

Ende 2007 waren in Deutschland in der höchsten Pflegeklasse (III) für vollstationäre Pflege und Unterbringung im Mittel monatlich 2 766 Euro an das Pflegeheim zu entrichten. In der Pflegeklasse II betrug der durchschnittliche monatliche Vergütungssatz 2 341 Euro und in der niedrigsten Pflegeklasse I 1 915 Euro.

Im deutschlandweiten Vergleich ist die Vergütung der Heime in allen neuen Bundesländern niedriger als im Bundesdurchschnitt: Die geringste Vergütung für Pflege, Unterkunft und Verpflegung in der Pflegeklasse III errechnet sich für Sachsen-Anhalt mit monatlich 2 250 Euro und Sachsen mit 2 280 Euro.

Exkurs: Pflegeversicherung und Heimkosten

Die höchsten Heimkosten in der Pflegeklasse III waren 2007 bundesweit in Nordrhein-Westfalen (3 131 Euro) und Hamburg (3 040 Euro) zu entrichten. Die monatliche Vergütung für Pflegeheime wird seit 1999 alle zwei Jahre ermittelt. Die aktuellen Daten wurden zum Stichtag 15. Dezember 2007 erhoben und berechnen sich einheitlich aus 30,4 Tagessätzen.

Zusätzlich zu den Ausgaben für Pflege, Unterkunft und Verpflegung können weitere Ausgaben für die Bewohner und Bewohnerinnen, insbesondere für gesondert berechenbare Investitionsaufwendungen, entstehen. Diese werden in der Pflegestatistik allerdings nicht erfasst. Nach ergänzenden Auswertungen anhand der Pflegedatenbank PAULA® des Betriebskrankenkassen Bundesverbandes betragen diese zusätzlich in Rechnung gestellten Investitionskosten im Schnitt circa 367 Euro im Monat.

Die Pflegeversicherung zahlt für vollstationäre Dauerpflege bundesweit zurzeit monatlich in der Pflegestufe III – seit dem 01. Juli 2008 – 1 470 Euro (ohne Härtefallregelungen), in der Pflegestufe II 1 279 Euro und in der Pflegestufe I 1 023 Euro. Zur Finanzierung der darüber hinausgehenden Pflegeheimkosten müssen die Pflegebedürftigen eigene finanzielle Mittel aufwenden oder auf Sozialleistungen, wie die **Hilfe zur Pflege** im Rahmen der Sozialhilfe, zurückgreifen.

10. Persönliches Budget

Im Rahmen verschiedener Modellprojekte wurden in den letzten Jahren Erfahrungen mit einer neuen Form der Leistungsgewährung gesammelt, und zwar dem Persönlichen Budget. Diese Form der Leistung setzt auf mehr Selbstbestimmung und Selbstständigkeit behinderter und pflegebedürftiger Menschen, die dadurch die Möglichkeit erhalten, die von ihnen benötigten Leistungen selbst einzukaufen. Hierbei werden laufende Geldleistungen monatlich im Voraus gezahlt, über deren Verwendung der Leistungsrechte relativ frei entscheiden kann. Grundlage ist eine Zielvereinbarung zwischen dem Berechtigten und dem Leistungsträger, die die individuellen Förder- und Leistungsziele sowie die zu erbringenden Nachweise für die Bedarfsdeckung und die Qualitätssicherung enthält. An einem Persönlichen Budget können auch mehrere Leistungsträger beteiligt sein. Ansprechpartner des Betroffenen ist dann die beauftragte Stelle, die das trägerübergreifende Budget als Komplexleistung koordiniert. Folgende Leistungsträger können an einem Persönlichen Budget beteiligt sein:

- Krankenkasse
- Bundesagentur für Arbeit
- Unfallversicherungsträger
- Rentenversicherungsträger, Träger der Alterssicherung für Landwirte
- Träger der Kriegsopferversorgung und –fürsorge
- Träger der öffentlichen Jugendhilfe
- Pflegekasse
- Integrationsamt
- Sozialhilfeträger

In der Sozialhilfestatistik können naturgemäß nur diejenigen Persönlichen Budgets erfasst werden, die von Sozialhilfeträgern gewährt wurden bzw. an denen ein Sozialhilfeträger beteiligt war. Nach den bisherigen Praxisberichten ist dies allerdings bei der ganz überwiegenden Mehrheit der Fall.

Diese neue Form der Leistung wurde vom Gesetzgeber sowohl für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (nach dem 6. Kapitel SGB XII) als auch für die Hilfe zur Pflege (nach dem 7. Kapitel SGB XII) ermöglicht. Während bei der Eingliederungshilfe am Jahresende 2007 bereits 1 611 Leistungsberechtigten ein solches persönliches Budget gewährt wurde, wurden zum gleichen Zeitpunkt lediglich 149 persönliche Budgets im Rahmen der Hilfe zur Pflege gezählt.

Die meisten Fälle (40) wurden im Jahr 2007 von Rheinland-Pfalz gemeldet, wo im Rahmen verschiedener Modellprojekte bereits seit längerem Erfahrungen mit diesem Instrument gesammelt wurden. In den meisten Ländern wurden 2007 jedoch entweder nur wenige oder keine Fälle der Budgetgewährung durch einen Sozialhilfeträger gemeldet.

Ziel des persönlichen Budgets: mehr Selbstbestimmung

Am meisten Budgets in Rheinland-Pfalz

Tabelle 3

Persönliche Budgets im Rahmen der Hilfe zur Pflege am Jahresende 2007

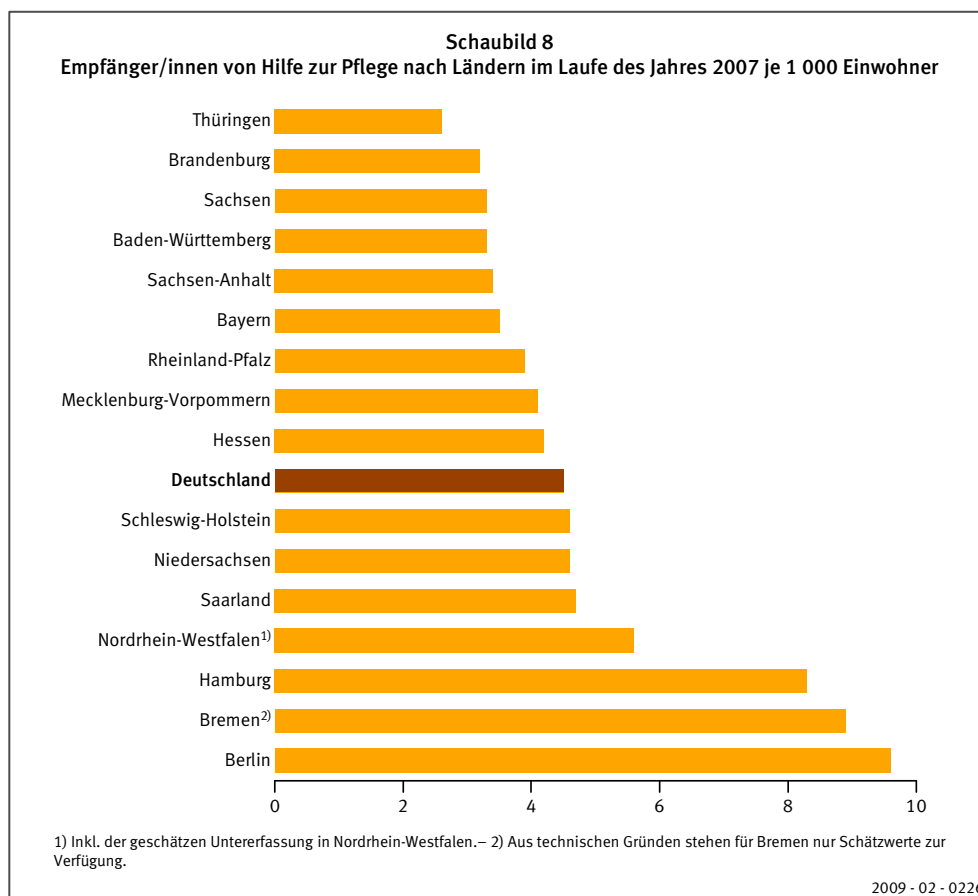
Land	Persönliche Budgets	darunter: träger- übergreifend	Durchschnitts-	Durchschnittliche
			alter der Empfänger	bisherige Dauer der Budget-Gewährung
Anzahl			Jahre	Monate
Baden-Württemberg	23	2	52,1	16,8
Bayern	12	1	53,4	31,3
Berlin	-	-	X	X
Brandenburg	-	-	X	X
Bremen	-	-	X	X
Hamburg	-	-	X	X
Hessen	6	2	67,5	16,3
Mecklenburg-Vorpommern	2	-	90,5	3,0
Niedersachsen	11	1	63,7	24,8
Nordrhein-Westfalen	13	1	63,8	19,1
Rheinland-Pfalz	40	3	47,1	35,0
Saarland	-	-	X	X
Sachsen	29	6	63,3	20,5
Sachsen-Anhalt	-	-	X	X
Schleswig-Holstein	-	-	X	X
Thüringen	13	2	67,9	19,0
Deutschland	149	18	57,4	24,3

Ab dem 01.01.2008 besteht ein Rechtsanspruch auf ein Persönliches Budget, das heißt jeder Leistungsberechtigte kann einen entsprechenden Antrag stellen. Aus diesem Grund ist künftig ein Fallzahlenanstieg bei dieser Form der Hilfe zu erwarten.

11. Die Hilfe zur Pflege 2007 im Ländervergleich

Im Laufe des Jahres 2007 bezogen in Deutschland von 1 000 Einwohnern 4,5 Personen Hilfe zur Pflege. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) lag die Dichte pro 1 000 Einwohner ebenfalls bei 4,5, in den neuen Ländern (ohne Berlin) jedoch nur bei 3,3 Leistungsberechtigten je 1 000 Einwohner. Die höchsten Dichten wurden in Berlin und Bremen festgestellt (9,6 bzw. 8,9 Empfänger pro 1 000 Einwohner), die niedrigsten Dichten wiesen Thüringen und Brandenburg auf (2,6 bzw. 3,2 Leistungsberechtigte pro 1 000 Einwohner).

*Im Westen
anteilig mehr
Empfänger*



Die Hilfe zur Pflege wird in einem Drittel der Fälle (33 %) von den überörtlichen Trägern der Sozialhilfe gewährt, das heißt entweder durch die Länder selbst oder höhere Kommunalbehörden (z.B. Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände, Bezirke). Werden von den überörtlichen Trägern örtliche Träger sowie diesen zugehörige Gemeinden und Gemeindeverbände zur Durchführung der Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII herangezogen, dann fungieren diese ebenfalls als "überörtlicher Träger". Bei zwei Dritteln der Fälle (67 %) erfolgt die Bearbeitung durch die örtlichen Sozialhilfeträger, das heißt die kreisfreien Städte und die Landkreise. Werden von Landkreisen kreisangehörige Gemeinden oder Gemeindeverbände zur Durchführung der

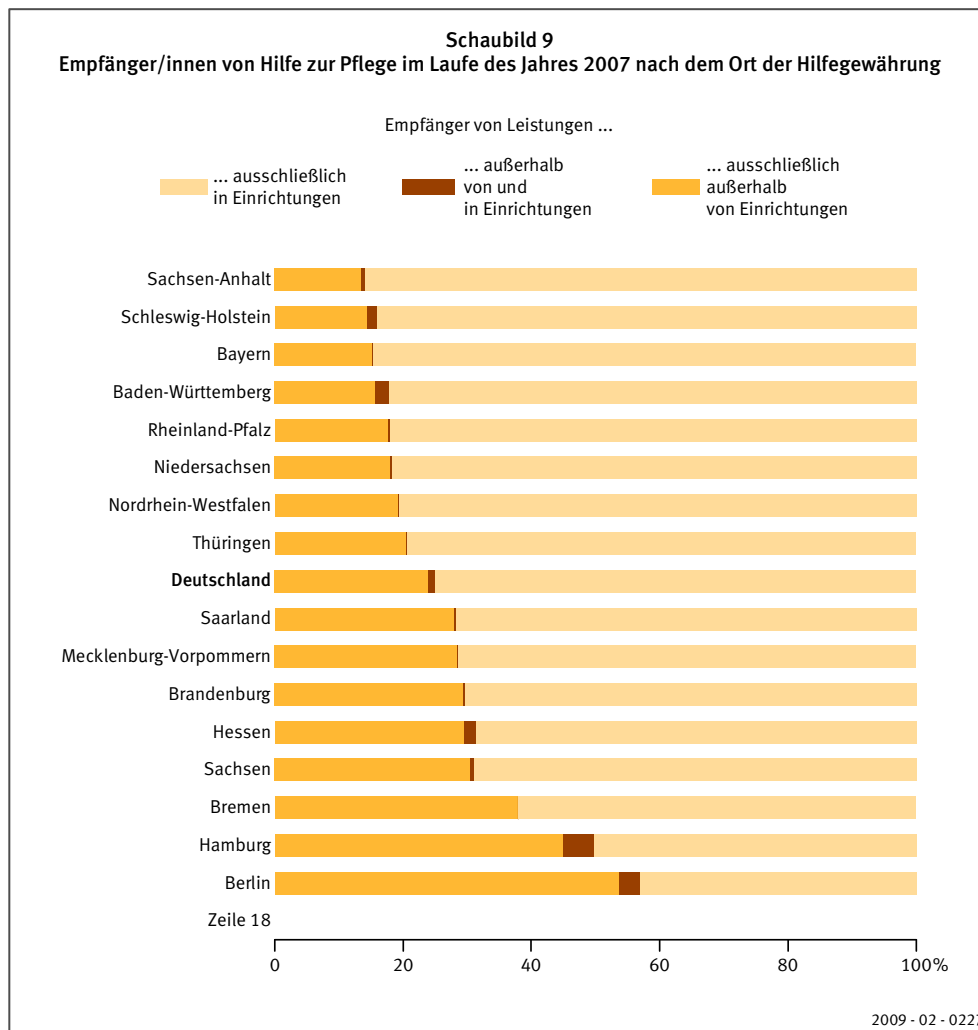
Die Hilfe zur Pflege 2007 im Ländervergleich

Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII herangezogen, dann fungieren diese ebenfalls als "örtlicher Träger".

Da die Zuständigkeiten zwischen den örtlichen und den überörtlichen Trägern der Sozialhilfe von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich geregelt sind, erscheint eine entsprechende Aufteilung nur auf Länderebene, nicht aber im Vergleich der Länder untereinander bzw. für den Bund interessant (siehe Anhangtabelle L 6).

Betrachtet man die Anteile der Empfänger nach dem Ort der Hilfestellung, so sind hier große Unterschiede zwischen den Ländern feststellbar: Während in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein nur 13 % bzw. 14 % der Empfänger Leistungen außerhalb von Einrichtungen erhielten, waren es in Hamburg 45 % und Berlin sogar 54 %.

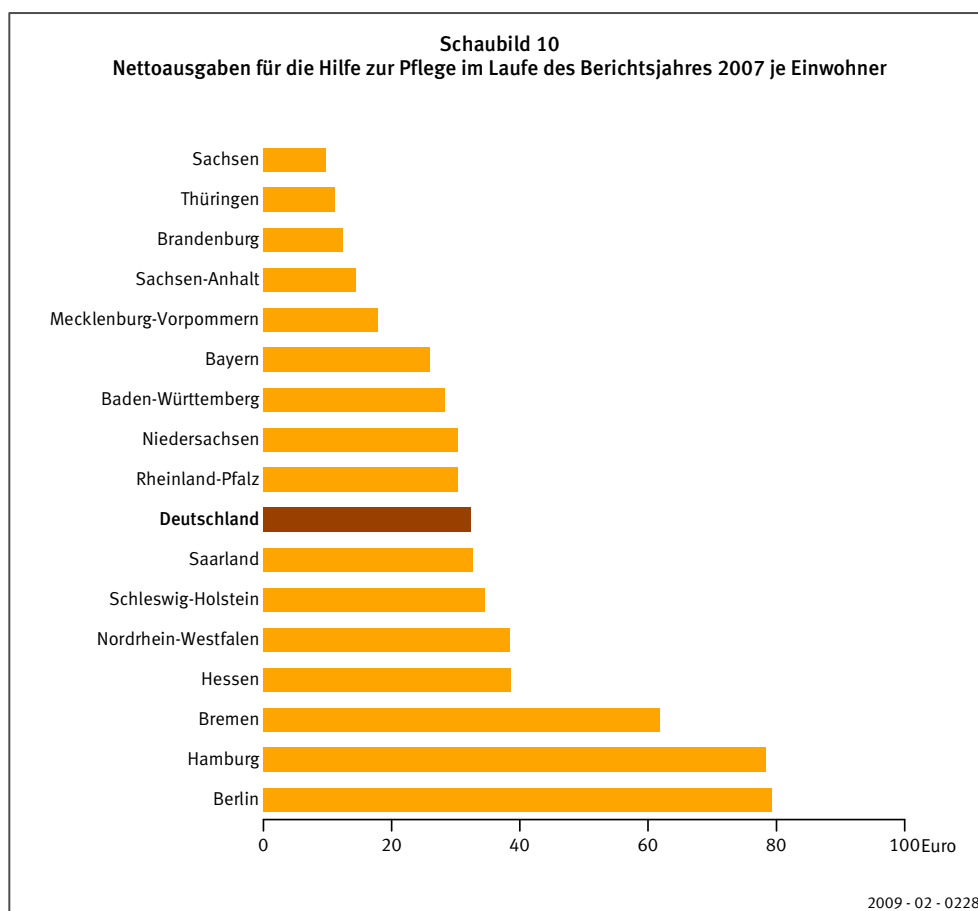
Bundesweit lag der durchschnittliche Anteil der Empfänger von Leistungen außerhalb von Einrichtungen an den Empfängern insgesamt bei etwa einem Viertel (24 %).



Die Hilfe zur Pflege 2007 im Ländervergleich

Die höchsten Nettoausgaben für die Hilfe zur Pflege leistete 2007 das bevölkerungsstärkste Land Nordrhein-Westfalen: Hier wurden insgesamt 693 Millionen Euro aufgewendet; dies sind allein schon 26 % der in ganz Deutschland verausgabten Hilfe zur Pflege. Gemessen an der Einwohnerzahl wurden allerdings in den Stadtstaaten die mit Abstand höchsten Nettoausgaben für die Hilfe zur Pflege verausgabt: In Berlin und Hamburg wurden 79 bzw. 78 Euro pro Einwohner für die Hilfe zur Pflege geleistet, gefolgt von Bremen mit 62 Euro je Einwohner. Besonders auffällig ist hier der Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern: Während in Westdeutschland (ohne Berlin) durchschnittlich 34 Euro je Einwohner an Hilfe zur Pflege gewährt wurde, waren es in Ostdeutschland (ohne Berlin) nur 12 Euro. Bundesweit lag der Durchschnitt bei 32 Euro Nettoausgaben für die Hilfe zur Pflege je Einwohner.

Ausgaben je Einwohner in Stadtstaaten am höchsten



Zum Hintergrund der Statistik über die Hilfe zur Pflege

- Statistische Angaben über die im 7. Kapitel des SGB XII „Sozialhilfe“ geregelte Hilfe zur Pflege werden durch die amtliche Sozialhilfestatistik über **zwei** Erhebungen gewonnen:
 - I. **Statistik über die Empfänger/-innen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII „Sozialhilfe“** (bzw. bis 2004: Statistik über die Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen)
 - II. **Statistik über die Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe.**
 - **Ziel** der o.g. Statistiken ist es, Daten zur **Zahl und Struktur der Empfänger/-innen** von Sozialhilfeleistungen sowie über die mit den verschiedenen Hilfearten verbundenen **Ausgaben** zu gewinnen.
 - Die o.g. Statistiken werden – alle als Vollerhebungen – von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder **jährlich** als Bundesstatistiken durchgeführt. Das **Statistische Bundesamt** übernimmt die technische und methodische Vorbereitung der Erhebungen, die **Statistischen Ämter der Länder** führen die Befragungen durch und bereiten die erhobenen Daten zu statistischen Ergebnissen auf. Es handelt sich um Sekundärstatistiken, bei denen vorliegende Verwaltungsdaten statistisch ausgewertet werden.
 - Im Rahmen der **Empfängerstatistik** werden alle Hilfebezieher/-innen erfasst, die **im Laufe des Berichtsjahres** mindestens einmal eine der Hilfen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII erhalten haben; neben diesen kumulierten Zahlen liegen Angaben zum **Stichtag 31.12.** jeden Jahres vor. Die gemäß § 122 Abs. 3 SGB XII zu erhebenden Merkmale umfassen neben klassischen personenbezogenen oder soziodemographischen Grunddaten (Wohnort, Geschlecht, Geburtsjahr, etc.) den Hilfebezug nach verschiedenen (Unter-)Hilfearten. Dabei wird zwischen dem Leistungsbezug in bzw. außerhalb von Einrichtungen differenziert. Detaillierte Angaben werden insbesondere über die Empfänger/-innen von **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen** (6. Kapitel SGB XII) sowie über die Empfänger/-innen von **Hilfe zur Pflege** (7. Kapitel SGB XII) erhoben.
 - In der **Aufwandstatistik** werden Angaben über die Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe für das jeweils **abgelaufene Jahr** erhoben, und zwar jeweils differenziert für Leistungen in bzw. außerhalb von Einrichtungen. Im Einzelnen werden erfasst:
 - Die **Ausgaben** (differenziert nach einzelnen Hilfe- bzw. Unterhilfearten) für Leistungen nach dem SGB XII; sie umfassen sowohl die Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt gemäß dem 3. Kapitel SGB XII und die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII als auch die Ausgaben für Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII.
 - Die **Einnahmen** differenziert nach den Haupthilfearten; insbesondere handelt es sich hierbei um Leistungen von anderen Sozialleistungsträgern (z.B. gesetzliche Kranken-, Renten-, Pflege- oder Arbeitslosenversicherung) sowie um übergeleitete Ansprüche und Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete.
- Durch Gegenüberstellung von Bruttoausgaben und Einnahmen können die **„reinen Ausgaben“** bzw. **Nettoausgaben** differenziert nach Hilfearten dargestellt werden. Insgesamt entsprechen die Hilfearten der Aufwandstatistik denjenigen, die auch in der Empfängerstatistik erfasst werden. Somit ist eine enge Verzahnung zwischen Empfänger- und Aufwandstatistik sichergestellt.
- **Rechtsgrundlagen:**
 - I. **Statistik über die Empfänger/-innen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII:** § 121 Nr. 1c-g SGB XII; erhoben werden die Angaben zu § 122 Abs. 3 SGB XII
 - II. **Statistik über die Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe:** § 121 Nr. 2 SGB XII; erhoben werden die Angaben zu § 122 Abs. 4 SGB XII
 - Für die o.g. Erhebungen besteht gemäß § 125 SGB XII eine **Auskunftspflicht** durch die **örtlichen Träger** (Sozialämter der kreisfreien Städte bzw. Landkreise) oder die **überörtlichen Träger** (Bundesländer oder höhere Kommunalbehörden wie z.B. Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände oder Bezirke) der Sozialhilfe.
 - **Weitere Daten und Hintergrundinformationen:**
 - Die Ergebnisse der amtlichen Sozialhilfestatistiken werden üblicherweise rund 9 Monate nach der Erhebung zunächst in einer Pressemitteilung veröffentlicht (www.destatis.de). Anschließend erfolgt die differenzierte Darstellung in weiteren **Publikationen** (z.B. Fachserie/Themenpapiere/Beiträge in „Wirtschaft und Statistik“, etc.), die im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes in der Regel kostenfrei als Download-Produkte erhältlich sind (<https://www.ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls>; Suchbegriff: „Sozialhilfe“). Weitere Daten/Tabellen können ferner direkt beim Statistischen Bundesamt per E-mail angefordert werden. Auskunft erteilt: Andrea Wolff; andrea.wolff@destatis.de, Tel. 0228-99/643-8164; (**Servicetelefon:** 0228-99/643-8953; sozialhilfe@destatis.de).
 - Regional tiefer gegliederte Ergebnisse (z.B. auf Kreis- und Regierungsbezirksebene) liefern die jeweils zuständigen **Statistischen Ämter der Länder**.
 - Weitere Hintergrundinformationen zur Methodik der Sozialhilfestatistiken finden sich in den **Qualitätsberichten**, die im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes kostenfrei als Download abrufbar sind (<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/Qualitaetsberichte/Sozialleistungen.psm>); die kompletten Erhebungsunterlagen, d.h. die Fragebögen sowie die Informationsblätter zu den einzelnen Erhebungen, sind den Qualitätsberichten als Anhang beigefügt.

Anhangtabellen

Zeichenerklärung:

- = Der Wert beträgt genau 0
- X = Tabellenfach gesperrt,
weil Aussage nicht sinnvoll
bzw. nicht möglich

Tabelle D1 Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege*) im Laufe des Berichtsjahres 2007

Deutschland ohne Bremen

Lfd. Nr.	Hilfeart	Insgesamt	Dar. mit zusätzlichen Pflegeleistungen eines Sozialversicherungsträgers	Davon im Alter von			
				0-18	18-40	40-50	50-60
Außerhalb von Einrichtungen							
Männlich							
1	Hilfe zur Pflege zusammen 1)	34 607	3 765	1 261	3 703	4 227	5 730
2	Pflegegeld bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	8 573	1 052	392	932	950	1 283
3	Pflegegeld bei schwerer Pflegebedürftigkeit	5 025	770	333	665	621	633
4	Pflegegeld bei schwerster Pflegebedürftigkeit	2 590	637	187	686	579	414
5	angemessene Aufwendungen der Pflegeperson	4 029	301	86	463	557	752
6	angemessene Beihilfen	6 640	479	218	734	912	1 157
7	Aufwendungen für die Beiträge einer Pflege-Person/bes. Pflegekraft für eine angemessene Alterssicherung	409	65	6	20	34	60
8	Kostenübernahme für Heranziehung einer bes. Pflegekraft darunter:	14 374	1 327	181	872	1 417	2 529
9	Finanzierung des sog. Arbeitgebermodells	219	65	-	56	50	38
10	Hilfsmittel	3 165	209	62	252	396	553
Weiblich							
11	Hilfe zur Pflege zusammen 1)	54 930	6 787	972	3 001	3 406	4 725
12	Pflegegeld bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	14 067	1 981	315	776	828	1 144
13	Pflegegeld bei schwerer Pflegebedürftigkeit	8 625	1 383	243	552	493	590
14	Pflegegeld bei schwerster Pflegebedürftigkeit	3 204	755	150	538	455	359
15	angemessene Aufwendungen der Pflegeperson	6 648	652	67	376	446	588
16	angemessene Beihilfen	11 058	920	159	624	709	1 038
17	Aufwendungen für die Beiträge einer Pflege-Person/bes. Pflegekraft für eine angemessene Alterssicherung	653	161	3	19	42	36
18	Kostenübernahme für Heranziehung einer bes. Pflegekraft darunter:	24 809	2 845	117	724	1 186	2 005
19	Finanzierung des sog. Arbeitgebermodells	310	79	2	54	55	39
20	Hilfsmittel	4 896	378	61	238	276	429
Insgesamt							
21	Hilfe zur Pflege insgesamt 1)	89 537	10 552	2 233	6 704	7 633	10 455
22	Pflegegeld bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	22 640	3 033	707	1 708	1 778	2 427
23	Pflegegeld bei schwerer Pflegebedürftigkeit	13 650	2 153	576	1 217	1 114	1 223
24	Pflegegeld bei schwerster Pflegebedürftigkeit	5 794	1 392	337	1 224	1 034	773
25	angemessene Aufwendungen der Pflegeperson	10 677	953	153	839	1 003	1 340
26	angemessene Beihilfen	17 698	1 399	377	1 358	1 621	2 195
27	Aufwendungen für die Beiträge einer Pflege-Person/bes. Pflegekraft für eine angemessene Alterssicherung	1 062	226	9	39	76	96
28	Kostenübernahme für Heranziehung einer bes. Pflegekraft darunter:	39 183	4 172	298	1 596	2 603	4 534
29	Finanzierung des sog. Arbeitgebermodells	529	144	2	110	105	77
30	Hilfsmittel	8 061	587	123	490	672	982
In Einrichtungen							
Männlich							
31	Hilfe zur Pflege zusammen 1)	79 323	55 306	245	2 373	5 203	11 086
32	Teilstationäre Pflege	850	97	4	51	71	132
33	Kurzzeitpflege	1 544	585	107	217	145	232
34	Stationäre Pflege	77 550	54 966	137	2 122	5 034	10 819
35	darunter:						
	sogenannte Pflegestufe 0	10 941	1 905	50	500	916	1 896
36	Pflegestufe 1	24 149	19 118	12	318	1 357	3 710
37	Pflegestufe 2	25 556	20 921	17	348	1 179	2 997
38	Pflegestufe 3	14 759	12 202	27	834	1 328	1 857
Weiblich							
39	Hilfe zur Pflege zusammen 1)	186 370	153 601	190	1 536	3 465	6 607
40	Teilstationäre Pflege	1 979	296	4	59	70	136
41	Kurzzeitpflege	2 227	1 031	83	166	103	148
42	Stationäre Pflege	183 394	152 964	103	1 320	3 325	6 388
43	darunter:						
	sogenannte Pflegestufe 0	12 409	2 860	31	238	481	777
44	Pflegestufe 1	49 181	43 174	9	212	732	1 751
45	Pflegestufe 2	72 708	64 362	22	258	888	1 911
46	Pflegestufe 3	47 730	42 469	15	547	1 074	1 724
Insgesamt							
47	Hilfe zur Pflege insgesamt 1)	265 693	208 907	435	3 909	8 668	17 693
48	Teilstationäre Pflege	2 829	393	8	110	141	268
49	Kurzzeitpflege	3 771	1 616	190	383	248	380
50	Stationäre Pflege	260 944	207 930	240	3 442	8 359	17 207
51	darunter:						
	sogenannte Pflegestufe 0	23 350	4 765	81	738	1 397	2 673
52	Pflegestufe 1	73 330	62 292	21	530	2 089	5 461
53	Pflegestufe 2	98 264	85 283	39	606	2 067	4 908
54	Pflegestufe 3	62 489	54 671	42	1 381	2 402	3 581
Außerhalb von und in Einrichtungen							
Männlich							
55	Hilfe zur Pflege zusammen 1)	112 651	58 644	1 489	6 045	9 348	16 640
Weiblich							
56	Hilfe zur Pflege zusammen 1)	238 786	159 332	1 143	4 504	6 813	11 214
Insgesamt							
57	Hilfe zur Pflege insgesamt 1)	351 437	217 976	2 632	10 549	16 161	27 854

*) Empfänger(innen) mehrerer verschiedener Hilfen werden bei jeder Hilfeart (bzw. jedem Ort der Hilfestellung) gezählt.
1) Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

Aufgrund eines Softwareproblems lagen für das Land Bremen 2007 keine detaillierteren statistischen Ergebnisse, sondern nur Eckdaten vor

Tabelle D1 Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege*) im Laufe des Berichtsjahres 2007

Deutschland ohne Bremen

... bis unter ... Jahren							Durchschnittsalter	Lfd. Nr.
60-65	65-70	70-75	75-80	80-85	85-90	90 und älter		
Außerhalb von Einrichtungen								
Männlich								
3 175	4 799	4 371	3 326	2 301	1 125	589	60,0	1
724	1 154	1 088	903	648	336	163	60,3	2
339	573	592	492	383	234	160	58,6	3
140	162	151	100	99	38	34	48,3	4
367	552	461	354	251	132	54	59,7	5
603	880	779	594	453	218	92	59,5	6
43	60	68	54	38	17	9	65,5	7
1 518	2 406	2 139	1 596	973	490	253	63,8	8
11	20	17	12	9	3	3	53,4	9
344	491	415	304	210	95	43	61,7	10
Weiblich								
2 953	5 202	6 888	7 436	8 803	6 662	4 882	71,0	11
639	1 217	1 753	2 016	2 469	1 793	1 117	71,1	12
340	575	786	987	1 497	1 297	1 265	72,4	13
148	206	185	221	287	287	368	61,0	14
383	697	889	925	1 056	719	502	70,7	15
640	1 052	1 405	1 485	1 850	1 303	793	70,5	16
30	73	104	109	112	73	52	73,3	17
1 408	2 514	3 346	3 544	4 101	3 282	2 582	74,0	18
14	17	21	25	54	10	19	61,5	19
274	498	634	627	770	616	473	71,9	20
Insgesamt								
6 128	10 001	11 259	10 762	11 104	7 787	5 471	66,8	21
1 363	2 371	2 841	2 919	3 117	2 129	1 280	67,0	22
679	1 148	1 378	1 479	1 880	1 531	1 425	67,3	23
288	368	336	321	386	325	402	55,4	24
750	1 249	1 350	1 279	1 307	851	556	66,5	25
1 243	1 932	2 184	2 079	2 303	1 521	885	66,4	26
73	133	172	163	150	90	61	70,3	27
2 926	4 920	5 485	5 140	5 074	3 772	2 835	70,2	28
25	37	38	37	63	13	22	58,2	29
618	989	1 049	931	980	711	516	67,9	30
In Einrichtungen								
Männlich								
7 560	13 147	13 278	10 826	7 538	4 841	3 226	68,6	31
104	150	134	95	50	38	21	65,0	32
162	197	197	132	80	50	25	57,1	33
7 372	12 901	13 055	10 670	7 448	4 789	3 203	68,8	34
1 265	2 103	1 861	1 144	682	358	166	64,9	35
2 648	4 410	4 332	3 183	2 086	1 289	804	68,9	36
2 166	4 013	4 462	4 015	2 967	1 995	1 397	71,4	37
1 172	1 919	2 115	2 087	1 534	1 097	789	68,1	38
Weiblich								
4 869	10 343	14 658	21 665	35 248	41 003	46 786	81,8	39
112	192	252	268	345	293	248	75,4	40
98	155	230	279	354	334	277	70,9	41
4 706	10 076	14 286	21 290	34 806	40 605	46 489	82,0	42
549	1 330	1 438	1 782	2 253	1 996	1 534	76,1	43
1 488	3 237	4 457	6 378	10 007	11 023	9 887	81,1	44
1 454	3 329	5 222	8 160	14 044	17 029	20 391	83,4	45
1 056	1 881	2 968	4 654	8 250	10 590	14 971	83,1	46
Insgesamt								
12 429	23 490	27 936	32 491	42 786	45 844	50 012	77,9	47
216	342	386	363	395	331	269	72,3	48
260	352	427	411	434	384	302	65,3	49
12 078	22 977	27 341	31 960	42 254	45 394	49 692	78,1	50
1 814	3 433	3 299	2 926	2 935	2 354	1 700	70,9	51
4 136	7 647	8 789	9 561	12 093	12 312	10 691	77,1	52
3 620	7 342	9 684	12 175	17 011	19 024	21 788	80,3	53
2 228	3 800	5 083	6 741	9 784	11 687	15 760	79,5	54
Außerhalb von und in Einrichtungen								
Männlich								
10 591	17 690	17 420	14 007	9 736	5 904	3 781	66,0	55
Weiblich								
7 734	15 339	21 227	28 784	43 557	47 191	51 280	79,4	56
Insgesamt								
18 325	33 029	38 647	42 791	53 293	53 095	55 061	75,1	57

Tabelle D 2 Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege*) am Jahresende 2007

Deutschland ohne Bremen

Lfd. Nr.	Hilfeart	Insgesamt	Dar. mit zusätzlichen Pflegeleistungen eines Sozialversicherungsträgers	Davon im Alter von			
				0-18	18-40	40-50	50-60
Außerhalb von Einrichtungen							
Männlich							
1	Hilfe zur Pflege zusammen 1)	24 188	2 610	890	2 919	3 163	4 082
2	Pflegegeld bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	6 278	770	271	774	761	991
3	Pflegegeld bei schwerer Pflegebedürftigkeit	3 574	573	250	536	485	481
4	Pflegegeld bei schwerster Pflegebedürftigkeit	2 035	541	134	592	480	326
5	angemessene Aufwendungen der Pflegeperson	2 901	232	61	365	432	552
6	angemessene Beihilfen	3 574	230	133	473	551	662
7	Aufwendungen für die Beiträge einer Pflegeperson/bes. Pflegekraft für eine angemessene Alterssicherung	299	50	5	11	20	42
8	Kostenübernahme für Heranziehung einer bes. Pflegekraft darunter:	8 675	744	93	568	888	1 564
9	Finanzierung des sog. Arbeitgebermodells	159	48	-	41	40	26
10	Hilfsmittel	1 420	141	22	169	202	252
Weiblich							
11	Hilfe zur Pflege zusammen 1)	38 206	4 253	686	2 318	2 530	3 424
12	Pflegegeld bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	10 007	1 264	226	628	659	890
13	Pflegegeld bei schwerer Pflegebedürftigkeit	5 936	930	174	462	378	453
14	Pflegegeld bei schwerster Pflegebedürftigkeit	2 368	568	113	443	368	282
15	angemessene Aufwendungen der Pflegeperson	4 695	494	54	301	351	431
16	angemessene Beihilfen	5 854	439	87	384	423	588
17	Aufwendungen für die Beiträge einer Pflegeperson/bes. Pflegekraft für eine angemessene Alterssicherung	489	138	2	17	30	26
18	Kostenübernahme für Heranziehung einer bes. Pflegekraft darunter:	15 114	1 474	55	460	727	1 237
19	Finanzierung des sog. Arbeitgebermodells	207	55	1	41	39	26
20	Hilfsmittel	2 296	238	28	149	161	216
Insgesamt							
21	Hilfe zur Pflege insgesamt 1)	62 394	6 863	1 576	5 237	5 693	7 506
22	Pflegegeld bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	16 285	2 034	497	1 402	1 420	1 881
23	Pflegegeld bei schwerer Pflegebedürftigkeit	9 510	1 503	424	998	863	934
24	Pflegegeld bei schwerster Pflegebedürftigkeit	4 403	1 109	247	1 035	848	608
25	angemessene Aufwendungen der Pflegeperson	7 596	726	115	666	783	983
26	angemessene Beihilfen	9 428	669	220	857	974	1 250
27	Aufwendungen für die Beiträge einer Pflegeperson/bes. Pflegekraft für eine angemessene Alterssicherung	788	188	7	28	50	68
28	Kostenübernahme für Heranziehung einer bes. Pflegekraft darunter:	23 789	2 218	148	1 028	1 615	2 801
29	Finanzierung des sog. Arbeitgebermodells	366	103	1	82	79	52
30	Hilfsmittel	3 716	379	50	318	363	468
In Einrichtungen							
Männlich							
31	Hilfe zur Pflege zusammen 1)	60 280	42 435	92	1 740	4 166	8 844
32	Teilstationäre Pflege	550	57	2	28	30	86
33	Kurzzeitpflege	172	31	19	36	15	20
34	Stationäre Pflege	59 558	42 347	71	1 676	4 121	8 738
35	darunter:						
	sogenannte Pflegestufe 0	8 133	1 124	26	352	721	1 455
36	Pflegestufe 1	17 405	13 831	7	211	1 031	2 843
37	Pflegestufe 2	17 904	14 690	15	264	914	2 262
38	Pflegestufe 3	9 432	7 759	13	647	981	1 263
Weiblich							
39	Hilfe zur Pflege zusammen 1)	140 634	116 168	79	1 128	2 831	5 485
40	Teilstationäre Pflege	1 280	157	2	24	44	88
41	Kurzzeitpflege	238	53	16	32	19	18
42	Stationäre Pflege	139 116	115 958	61	1 072	2 768	5 379
43	darunter:						
	sogenannte Pflegestufe 0	8 886	1 463	15	163	358	633
44	Pflegestufe 1	33 736	29 516	6	149	555	1 357
45	Pflegestufe 2	50 457	44 548	16	202	712	1 540
46	Pflegestufe 3	29 876	26 298	9	428	798	1 264
Insgesamt							
47	Hilfe zur Pflege insgesamt 1)	200 914	158 603	171	2 868	6 997	14 329
48	Teilstationäre Pflege	1 830	214	4	52	74	174
49	Kurzzeitpflege	410	84	35	68	34	38
50	Stationäre Pflege	198 674	158 305	132	2 748	6 889	14 117
51	darunter:						
	sogenannte Pflegestufe 0	17 019	2 587	41	515	1 079	2 088
52	Pflegestufe 1	51 141	43 347	13	360	1 586	4 200
53	Pflegestufe 2	68 361	59 238	31	466	1 626	3 802
54	Pflegestufe 3	39 308	34 057	22	1 075	1 779	2 527
Außerhalb von und in Einrichtungen							
Männlich							
55	Hilfe zur Pflege zusammen 1)	84 190	45 016	979	4 652	7 316	12 883
Weiblich							
56	Hilfe zur Pflege zusammen 1)	178 169	120 310	760	3 442	5 346	8 877
Insgesamt							
57	Hilfe zur Pflege insgesamt 1)	262 359	165 326	1 739	8 094	12 662	21 760

*) Empfänger(innen) mehrerer verschiedener Hilfen werden bei jeder Hilfeart (bzw. jedem Ort der Hilfgewährung) gezählt.
1) Mehrfachzahlungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

Aufgrund eines Softwareproblems lagen für das Land Bremen 2007 keine detaillierteren statistischen Ergebnisse, sondern nur Eckdaten vor

Tabelle D 2 Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege*) am Jahresende 2007

Deutschland ohne Bremen

... bis unter ... Jahren							Durchschnittsalter	Lfd. Nr.
60-65	65-70	70-75	75-80	80-85	85-90	90 und älter		
Außerhalb von Einrichtungen								
Männlich								
2 164	3 250	2 908	2 230	1 517	711	354	59,0	1
527	822	749	616	446	228	93	59,2	2
253	396	370	319	255	132	97	56,8	3
103	118	107	67	64	21	23	47,2	4
253	360	317	253	187	88	33	59,0	5
316	416	394	306	195	87	41	57,5	6
30	48	53	44	29	10	7	66,5	7
922	1 486	1 276	942	548	254	134	63,3	8
10	15	13	8	5	1	-	52,3	9
156	201	162	117	86	36	17	59,5	10
Weiblich								
2 148	3 668	4 910	5 227	5 932	4 305	3 058	70,2	11
481	851	1 265	1 445	1 718	1 183	661	69,9	12
253	404	542	707	978	817	768	70,8	13
119	147	130	150	202	189	225	59,0	14
283	486	636	656	717	481	299	69,6	15
364	585	756	794	922	613	338	69,0	16
21	58	86	84	86	46	33	72,8	17
926	1 598	2 170	2 196	2 440	1 858	1 447	73,5	18
13	14	10	15	31	3	14	59,8	19
129	223	276	285	354	278	197	70,4	20
Insgesamt								
4 312	6 918	7 818	7 457	7 449	5 016	3 412	65,8	21
1 008	1 673	2 014	2 061	2 164	1 411	754	65,8	22
506	800	912	1 026	1 233	949	865	65,5	23
222	265	237	217	266	210	248	53,5	24
536	846	953	909	904	569	332	65,5	25
680	1 001	1 150	1 100	1 117	700	379	64,7	26
51	106	139	128	115	56	40	70,4	27
1 848	3 084	3 446	3 138	2 988	2 112	1 581	69,8	28
23	29	23	23	36	4	14	56,5	29
285	424	438	402	440	314	214	66,2	30
In Einrichtungen								
Männlich								
6 091	10 300	10 240	8 111	5 377	3 301	2 018	68,1	31
67	101	94	65	34	27	16	66,5	32
17	21	14	19	5	5	1	51,7	33
6 007	10 178	10 132	8 027	5 338	3 269	2 001	68,2	34
974	1 604	1 381	831	469	221	99	64,6	35
2 047	3 233	3 145	2 200	1 366	823	499	68,3	36
1 607	2 964	3 171	2 749	1 931	1 241	786	70,5	37
788	1 251	1 335	1 262	913	588	391	66,5	38
Weiblich								
4 031	8 405	11 875	17 032	27 189	30 544	32 035	81,2	39
79	118	167	184	219	184	171	76,0	40
11	12	28	23	26	28	25	63,9	41
3 941	8 275	11 680	16 825	26 944	30 332	31 839	81,3	42
438	1 067	1 089	1 303	1 592	1 322	906	75,3	43
1 172	2 406	3 304	4 585	6 914	7 250	6 038	80,3	44
1 124	2 532	3 940	5 934	10 013	11 676	12 768	82,6	45
769	1 356	2 061	3 108	5 185	6 431	8 467	81,9	46
Insgesamt								
10 122	18 705	22 115	25 143	32 566	33 845	34 053	77,3	47
146	219	261	249	253	211	187	73,1	48
28	33	42	42	31	33	26	58,8	49
9 948	18 453	21 812	24 852	32 282	33 601	33 840	77,4	50
1 412	2 671	2 470	2 134	2 061	1 543	1 005	70,2	51
3 219	5 639	6 449	6 785	8 280	8 073	6 537	76,2	52
2 731	5 496	7 111	8 683	11 944	12 917	13 554	79,4	53
1 557	2 607	3 396	4 370	6 098	7 019	8 858	78,2	54
Außerhalb von und in Einrichtungen								
Männlich								
8 221	13 488	13 100	10 306	6 877	4 002	2 366	65,5	55
Weiblich								
6 142	12 023	16 678	22 168	32 996	34 749	34 988	78,9	56
Insgesamt								
14 363	25 511	29 778	32 474	39 873	38 751	37 354	74,6	57

Tabelle D5 Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege in Form eines Persönlichen Budgets nach (bisheriger) Dauer der Hilfestellung 2007

Deutschland ohne Bremen

Alter von .. bis unter .. Jahren	Insgesamt	dar. trägerüber-greifend	Davon mit einer Dauer der Hilfestellung von ... bis unter ... Monaten								Durchschnittliche Dauer der (bisherigen) Budget-gewährung in Monaten
			unter 6	6-12	12-18	18-24	24-36	36-48	48-60	60 und mehr	

Im Laufe des Jahres 2007 beendete Persönliche Budgets

unter 18	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0
18-40	7	-	4	1	-	-	1	1	-	-	-	12,1
40-50	6	-	3	-	-	1	2	-	-	-	-	13,0
50-60	3	-	-	2	-	-	-	1	-	-	-	19,3
60-65	3	-	-	1	-	-	2	-	-	-	-	22,7
65-70	3	1	1	1	-	-	1	-	-	-	-	11,0
70-75	8	2	4	2	1	1	-	-	-	-	-	7,0
75-80	5	1	2	-	-	-	3	-	-	-	-	19,2
80-85	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0
85-90	2	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	32,5
90 und älter	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	13,0
Zusammen	40	4	16	7	2	2	11	2	-	-	-	13,9
Durchschnittsalter	59,3	72,3	54,3	58,1	81,5	55,5	66,9	43,0	-	-	-	X

Am Jahresende (31.12.2007) noch andauernde Persönliche Budgets

unter 18	5	1	1	-	-	3	1	-	-	-	-	18,9
18-40	29	3	3	3	2	5	9	5	1	1	1	27,5
40-50	25	2	-	3	4	3	5	3	2	5	5	35,8
50-60	23	1	4	2	7	4	4	-	-	2	2	20,5
60-65	3	1	-	1	2	-	-	-	-	-	-	13,2
65-70	16	3	2	3	2	-	6	1	2	-	-	26,8
70-75	13	-	1	4	1	2	5	-	-	-	-	19,5
75-80	9	2	2	1	1	2	3	-	-	-	-	18,1
80-85	13	1	2	2	1	3	4	1	-	-	-	20,7
85-90	6	2	3	-	1	-	2	-	-	-	-	15,8
90 und älter	7	2	2	-	2	2	1	-	-	-	-	17,1
Zusammen	149	18	20	19	23	24	40	10	5	8	8	24,3
Durchschnittsalter	57,4	63,6	65,0	59,0	61,2	54,0	59,3	44,0	52,3	44,8	-	X

Aufgrund eines Softwareproblems lagen für das Land Bremen 2007 keine detaillierteren statistischen Ergebnisse, sondern nur Eckdaten vor.

Tabelle D6 Bruttoausgaben, Einnahmen und Nettoausgaben der Sozialhilfe für Hilfe zur Pflege nach Ort der Hilfeeinrichtung, Art der Leistung und Art der Einnahmen im Laufe des Berichtsjahres 2007

Art der Leistung <hr/> Art der Einnahme	Bruttoausgaben in Millionen EUR		
	Einnahmen in Millionen EUR		
	insgesamt	außerhalb von Ein- richtungen	in Einrich- tungen
Hilfe zur Pflege insgesamt	3 216,6	643,7	2 573,0
Ausgaben für häusliche Pflege nach § 63 SGB XII in Form von			
Pflegegeld bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	46,1	46,1	-
Pflegegeld bei schwerer Pflegebedürftigkeit	41,8	41,8	-
Pflegegeld bei schwerster Pflegebedürftigkeit	33,6	33,6	-
andere Leistungen	522,2	522,2	-
davon:			
angemessene Aufwendungen der Pflegeperson	56,2	56,2	-
angemessene Beihilfen	19,6	19,6	-
Aufwendungen für die Beiträge der Pflegeperson oder der besonderen Pflegekraft für eine angemessene Alterssicherung	4,1	4,1	-
Kostenübernahme für Heranziehung einer besonderen Pflegekraft	419,9	419,9	-
Hilfsmittel	22,3	22,3	-
Ausgaben für teilstationäre Pflege	20,3	-	20,3
Ausgaben für Kurzzeitpflege	9,8	-	9,8
Ausgaben für stationäre Pflege	2 542,9	-	2 542,9
darunter:			
"Pflegestufe 0"	253,3	-	253,3
Pflegestufe 1	504,4	-	504,4
Pflegestufe 2	713,1	-	713,1
Pflegestufe 3	610,6	-	610,6
Einnahmen der Hilfe zur Pflege insgesamt	550,4	20,0	530,4
davon:			
Kostenbeiträge und Aufwendungssatz, Kostenersatz	79,9	4,6	75,3
übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich- rechtliche Unterhaltsverpflichtete	43,2	2,0	41,1
Leistungen von Sozialleistungsträgern	348,4	9,3	339,1
sonstige Ersatzleistungen	52,1	1,8	50,3
Rückzahlungen gewährter Hilfen (Tilgung und Zinsen v. Darlehen)	26,9	2,3	24,6
Nettoausgaben (=Reine Ausgaben)	2 666,2	623,6	2 042,6

Tabellenanhang

Tabelle D 7 Zeitreihe 1963 bis 2007
Bruttoausgaben der Sozialhilfe und der Hilfe zur Pflege sowie Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege

(Deutschland; bis einschl. 1990: früheres Bundesgebiet)

Jahr	Bruttoausgaben für die		Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege im Laufe des Jahres	
	Sozialhilfe insgesamt	darunter: Hilfe zur Pflege		
	Millionen Euro		Anzahl	je 1 000 Einwohner
1963	951	247	165 351	2,9
1964	993	279	195 379	3,4
1965	1 077	318	209 265	3,5
1966	1 185	345	218 320	3,7
1967	1 304	398	225 775	3,8
1968	1 366	434	232 845	3,9
1969	1 462	467	239 283	3,9
1970	1 705	566	259 969	4,3
1971	2 054	704	289 064	4,7
1972	2 463	829	315 443	5,1
1973	2 892	969	334 640	5,4
1974	3 649	1 237	365 763	5,9
1975	4 297	1 511	402 089	6,5
1976	4 907	1 746	413 005	6,7
1977	5 344	1 929	425 039	6,9
1978	5 802	2 189	428 964	7,0
1979	6 201	2 359	442 159	7,2
1980	6 783	2 558	462 946	7,5
1981	7 558	2 854	450 712	7,3
1982	8 349	3 082	468 582	7,6
1983	8 983	3 265	460 709	7,5
1984	9 584	3 405	458 768	7,5
1985	10 658	3 657	467 020	7,7
1986	11 860	3 883	490 723	8,0
1987	12 884	4 174	507 018	8,3
1988	13 810	4 436	525 429	8,6
1989	14 712	4 677	535 064	8,6
1990	16 250	5 192	545 942	8,6
1991	19 090	6 492	655 328	8,2
1992	21 782	7 508	674 716	8,4
1993	25 012	8 427	660 434	8,1
1994	25 428	9 062	563 452	6,9
1995	26 669	8 934	573 636	7,0
1996	25 458	7 100	426 365	5,2
1997	22 776	3 500	328 280	4,0
1998	23 030	3 001	289 299	3,5
1999	22 978	2 901	309 713	3,8
2000	23 319	2 876	324 144	3,9
2001	23 942	2 905	331 520	4,0
2002	24 652	2 943	313 190	3,8
2003	25 590	3 005	322 851	3,9
2004	26 340	3 142	328 324	4,0
2005	19 949	3 152	344 427	4,2
2006	20 483	3 120	366 155	4,4
2007 a)	21 128	3 217	371 871	4,5

a) Empfänger 2007: inkl. Bremen und inkl. der geschätzten Untererfassung in Nordrhein-Westfalen (14 500 Fälle)

Tabellenanhang

Tabelle L1 Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege nach Anzahl, Anzahl je 1 000 Einwohner, Ort der Hilfestellung und Ländern im Laufe des Berichtsjahres 2007

Land	Empfänger (innen) insgesamt 1)	Und zwar Empfänger(innen) von		Empfänger (innen) insgesamt	Und zwar Empfänger(innen) von	
		Leistungen außerhalb von Einrichtungen	Leistungen in Einrichtungen		Leistungen außerhalb von Einrichtungen	Leistungen in Einrichtungen
	Anzahl			Anzahl je 1 000 Einwohner		
Baden-Württemberg.....	35 183	6 253	29 695	3,3	0,6	2,8
Bayern.....	44 013	6 790	37 365	3,5	0,5	3,0
Berlin.....	32 673	18 638	15 089	9,6	5,5	4,4
Brandenburg.....	8 083	2 396	5 713	3,2	0,9	2,2
Bremen 2)	5 934	2 255	3 679	8,9	3,4	5,5
Hamburg	14 545	7 242	8 006	8,3	4,1	4,5
Hessen.....	25 467	7 968	17 923	4,2	1,3	3,0
Mecklenburg-Vorpommern.....	6 896	1 972	4 939	4,1	1,2	2,9
Niedersachsen.....	36 413	6 676	29 852	4,6	0,8	3,7
Nordrhein-Westfalen 3).....	101 246	19 681	81 709	5,6	1,1	4,5
Rheinland-Pfalz.....	15 692	2 824	12 912	3,9	0,7	3,2
Saarland.....	4 855	1 369	3 495	4,7	1,3	3,4
Sachsen.....	13 832	4 289	9 629	3,3	1,0	2,3
Sachsen-Anhalt.....	8 164	1 153	7 069	3,4	0,5	2,9
Schleswig-Holstein.....	12 921	2 051	11 066	4,6	0,7	3,9
Thüringen.....	5 954	1 235	4 731	2,6	0,5	2,1
Deutschland 3).....	371 871	92 792	282 872	4,5	1,1	3,4
nachrichtlich:						
Westdeutschland ohne Berlin 3).....	296 269	63 109	235 702	4,5	1,0	3,6
Ostdeutschland ohne Berlin.....	42 929	11 045	32 081	3,3	0,8	2,4

1) Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

2) Aufgrund eines Softwareproblems liegen für Bremen nur Schätzwerte vor.

3) Empfänger(innen) inklusive der geschätzten Untererfassung in Nordrhein-Westfalen (14 500 Fälle, davon 1 000 außerhalb von Einrichtungen und 13 500 in Einrichtungen).

Tabelle L2 Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege nach Leistungsarten und Ländern im Laufe des Berichtsjahres 2007

Land	Empfänger (innen) insgesamt 1)	Außerhalb von Einrichtungen 2)							In Einrichtungen 2)			
		Pflegegeld			angemessene Aufwen- dungen der Pflegeperson	angemessene Beihilfen	Aufwendungen für die Bei- träge der Pfl- geperson oder der besonde- ren Pflegekraft für eine ange- messene Alterssicherung	Kostenüber- nahme für Heranziehung einer besonderen Pflegekraft	Hilfsmittel	Teilstationäre Pflege	Kurzzeit- pflege	Stationäre Pflege
		I bei erheblicher Pfle- ge- bedürftigkeit	II bei schwerer Pfle- ge- bedürftigkeit	III bei schwerster Pfle- ge- bedürftigkeit								
Baden-Württemberg	35 183	1 627	1 025	546	523	3 788	21	1 101	427	131	125	29 484
Bayern	44 013	2 115	1 230	883	839	1 392	27	1 748	468	77	650	36 897
Berlin	32 673	1 522	1 328	533	1 939	520	72	14 864	3 726	852	412	13 918
Brandenburg	8 083	455	202	73	255	342	12	1 204	41	27	90	5 618
Bremen	5 934	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Hamburg	14 545	2 921	1 877	460	107	24	5	5 742	427	242	726	7 439
Hessen	25 467	2 278	1 386	734	1 159	2 638	82	2 027	458	199	306	17 559
Mecklenburg-Vorpommern	6 896	401	279	176	347	646	14	638	187	7	8	4 930
Niedersachsen	36 413	2 075	1 207	476	1 934	1 639	19	1 033	655	47	479	29 458
Nordrhein-Westfalen 3).....	86 746	5 739	3 072	1 081	1 899	3 133	466	6 898	798	585	196	67 468
Rheinland-Pfalz	15 692	763	293	142	309	892	42	720	270	459	160	12 760
Saarland	4 855	377	213	105	52	495	2	275	81	6	32	3 463
Sachsen	13 832	1 129	730	286	773	1 198	68	1 495	147	88	196	9 414
Sachsen-Anhalt	8 164	374	265	59	36	470	1	9	60	10	162	7 000
Schleswig-Holstein	12 921	518	319	126	136	320	207	831	147	93	218	10 821
Thüringen	5 954	346	224	114	369	201	24	598	169	6	11	4 715
Deutschland 3)	357 371	22 640	13 650	5 794	10 677	17 698	1 062	39 183	8 061	2 829	3 771	260 944

1) Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

2) Werte OHNE Bremen. Aufgrund eines Softwareproblems konnte Bremen nur Eckzahlen liefern.

3) Empfänger(innen) ohne die geschätzte Untererfassung in Nordrhein-Westfalen (14 500 Fälle).

Tabelle L3 Anteile der verschiedenen bewilligten Leistungen der Hilfe zur Pflege an der Anzahl der bewilligten Leistungen insgesamt nach Ländern im Laufe des Berichtsjahres 2007

Land	Anzahl der bewilligten Leistungen insgesamt	Außerhalb von Einrichtungen							In Einrichtungen			
		Pflegegeld			angemessene Aufwendungen der Pflegeperson	angemessene Beihilfen	Aufwendungen für die Beiträge der Pflegeperson oder der besonderen Pflegekraft für eine angemessene Alterssicherung	Kostenübernahme für Heranziehung einer besonderen Pflegekraft	Hilfsmittel	Teilstationäre Pflege	Kurzzeitpflege	Stationäre Pflege
		I	II	III								
		bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	bei schwerer Pflegebedürftigkeit	bei schwerster Pflegebedürftigkeit	Anteil an den bewilligten Leistungen insgesamt in %							
Baden-Württemberg	38 798	4,2	2,6	1,4	1,3	9,8	0,1	2,8	1,1	0,3	0,3	76,0
Bayern	46 326	4,6	2,7	1,9	1,8	3,0	0,1	3,8	1,0	0,2	1,4	79,6
Berlin	39 686	3,8	3,3	*+-	4,9	1,3	0,2	37,5	9,4	2,1	1,0	35,1
Brandenburg	8 319	5,5	2,4	0,9	3,1	4,1	0,1	14,5	0,5	0,3	1,1	67,5
Bremen 1)	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Hamburg	19 970	14,6	9,4	2,3	0,5	0,1	0,0	28,8	2,1	1,2	3,6	37,3
Hessen	28 826	7,9	4,8	2,5	4,0	9,2	0,3	7,0	1,6	0,7	1,1	60,9
Mecklenburg-Vorpommern	7 633	5,3	3,7	2,3	4,5	8,5	0,2	8,4	2,4	0,1	0,1	64,6
Niedersachsen	39 022	5,3	3,1	1,2	5,0	4,2	0,0	2,6	1,7	0,1	1,2	75,5
Nordrhein-Westfalen 2).....	91 335	6,3	3,4	1,2	2,1	3,4	0,5	7,6	0,9	0,6	0,2	73,9
Rheinland-Pfalz	16 810	4,5	1,7	0,8	1,8	5,3	0,2	4,3	1,6	2,7	1,0	75,9
Saarland	5 101	7,4	4,2	2,1	1,0	9,7	0,0	5,4	1,6	0,1	0,6	67,9
Sachsen	15 524	7,3	4,7	1,8	5,0	7,7	0,4	9,6	0,9	0,6	1,3	60,6
Sachsen-Anhalt	8 446	4,4	3,1	0,7	0,4	5,6	0,0	0,1	0,7	0,1	1,9	82,9
Schleswig-Holstein	13 736	3,8	2,3	0,9	1,0	2,3	1,5	6,0	1,1	0,7	1,6	78,8
Thüringen	6 777	5,1	3,3	1,7	5,4	3,0	0,4	8,8	2,5	0,1	0,2	69,6
Deutschland 1) 2)	386 309	5,9	3,5	1,5	2,8	4,6	0,3	10,1	2,1	0,7	1,0	67,5

1) Werte OHNE Bremen. Aufgrund eines Softwareproblems konnte Bremen nur Eckzahlen liefern.

2) Werte OHNE die geschätzte Untererfassung in Nordrhein-Westfalen.

Tabellenanhang

Tabelle L4 Ausgaben und Einnahmen der Hilfe zur Pflege nach Ort der Hilfgewährung und Ländern im Laufe des Berichtsjahres 2007

Land	(Brutto-) Ausgaben			Einnahmen			Reine Ausgaben (netto)			EUR je Einwohner
	Insgesamt	davon		Insgesamt	davon		Insgesamt	davon		
		außerhalb von Ein-richtungen	in Einrich-tungen		außerhalb von Ein-richtungen	in Einrich-tungen		außerhalb von Ein-richtungen	in Einrich-tungen	
Mill. EUR										
Baden-Württemberg.....	364,4	47,3	317,0	60,6	2,0	58,6	303,7	45,3	258,4	28,27
Bayern.....	525,4	61,6	463,8	199,8	1,2	198,6	325,6	60,4	265,2	26,04
Berlin.....	300,9	161,9	138,9	30,5	3,1	27,4	270,4	158,8	111,5	79,34
Brandenburg.....	36,9	8,0	28,9	5,5	0,3	5,2	31,5	7,7	23,7	12,38
Bremen	45,8	14,5	31,3	4,7	0,1	4,6	41,1	14,3	26,7	61,89
Hamburg.....	145,5	61,9	83,6	7,3	5,4	1,8	138,2	56,5	81,7	78,45
Hessen.....	322,8	75,0	247,8	88,4	1,2	87,2	234,4	73,7	160,6	38,59
Mecklenburg-Vorpommern.....	32,4	6,4	26,0	2,3	0,1	2,2	30,1	6,3	23,8	17,82
Niedersachsen	270,1	39,9	230,1	28,2	0,9	27,3	241,9	39,1	202,8	30,31
Nordrhein-Westfalen.....	753,7	102,1	651,6	60,8	3,5	57,4	692,9	98,6	594,3	38,47
Rheinland-Pfalz.....	147,9	18,9	129,1	25,1	0,8	24,3	122,9	18,1	104,8	30,34
Saarland.....	36,5	4,8	31,7	2,6	0,3	2,2	34,0	4,5	29,4	32,65
Sachsen.....	52,2	12,9	39,4	10,9	0,2	10,7	41,3	12,7	28,6	9,76
Sachsen-Anhalt.....	35,6	6,9	28,7	0,6	0,0	0,6	35,0	6,9	28,2	14,44
Schleswig-Holstein.....	113,6	16,9	96,7	15,9	0,4	15,4	97,7	16,4	81,2	34,45
Thüringen.....	33,0	4,6	28,4	7,3	0,4	6,9	25,7	4,2	21,5	11,18
Deutschland	3 216,6	643,7	2 573,0	550,4	20,0	530,4	2 666,2	623,6	2 042,6	32,41

Tabelle L5 Bruttoausgaben der Hilfe zur Pflege nach Leistungsarten und Ländern im Laufe des Berichtsjahres 2007

Land	Hilfe zur Pflege insgesamt	Außerhalb von Einrichtungen							In Einrichtungen			
		Pflegegeld			angemessene Aufwendungen der Pflegeperson	angemessene Beihilfen	Aufwendungen für die Beiträge der Pflegeperson oder der besonderen Pflegekraft für eine angemessene Alterssicherung	Kostenübernahme für Heranziehung einer besonderen Pflegekraft	Hilfsmittel	Teilstationäre Pflege	Kurzzeitpflege	Stationäre Pflege
		I bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	II bei schwerer Pflegebedürftigkeit	III bei schwerster Pflegebedürftigkeit								
1 000 EUR												
Baden-Württemberg	364 374	4 721	3 340	2 858	8 456	1 274	8	25 139	1 533	601	942	315 502
Bayern	525 394	3 398	3 005	3 054	13 725	3 605	42	34 454	332	487	673	462 621
Berlin	300 858	1 279	1 947	1 462	5 364	280	74	134 554	16 963	5 854	901	132 179
Brandenburg	36 920	1 089	956	602	326	275	156	4 559	28	224	68	28 636
Bremen	45 791	655	901	673	214	50	50	11 860	74	302	124	30 888
Hamburg	145 471	5 536	6 970	2 772	261	92	6	46 163	105	1 250	757	81 560
Hessen	322 782	5 162	3 767	4 390	5 113	264	241	55 760	267	1 631	606	245 582
Mecklenburg-Vorpommern	32 403	1 280	1 073	757	1 818	600	-	877	18	28	23	25 927
Niedersachsen	270 056	4 229	3 706	3 806	5 359	1 300	391	20 945	207	644	957	228 512
Nordrhein-Westfalen	753 699	12 147	10 325	8 782	9 492	4 350	1 763	53 456	1 748	6 857	3 050	641 728
Rheinland-Pfalz	147 946	2 013	1 294	1 309	1 473	4 322	175	8 022	272	239	555	128 273
Saarland	36 522	593	386	493	1 175	157	559	1 345	136	54	107	31 520
Sachsen	52 236	1 647	1 684	956	1 056	1 211	4	5 772	550	588	191	38 576
Sachsen-Anhalt	35 633	405	523	197	106	829	0	4 827	19	28	22	28 676
Schleswig-Holstein	113 563	1 303	1 379	1 072	1 787	787	478	10 001	77	1 427	732	94 520
Thüringen	32 975	614	543	416	469	202	201	2 160	19	47	69	28 235
Deutschland	3 216 624	46 070	41 799	33 598	56 196	19 599	4 147	419 895	22 349	20 260	9 776	2 542 936
nachrichtlich:												
Westdeutschland ohne Berlin	2 725 599	39 756	35 073	29 207	47 056	16 201	3 711	267 146	4 751	13 491	8 502	2 260 706
Ostdeutschland ohne Berlin	190 167	5 035	4 779	2 928	3 776	3 118	361	18 195	635	915	372	150 051

Tabellenanhang

Tabelle L6 Empfänger(innen) von Hilfe zur Pflege sowie Nettoausgaben für die Hilfe zur Pflege nach Art des Trägers und Ländern im Laufe des Berichtsjahres 2007

Land	Empfänger (innen) insgesamt	Davon		Netto- ausgaben	Davon	
		bei örtlichen Trägern der Sozialhilfe	bei überörtlichen Trägern der Sozialhilfe		Örtliche Träger	Überörtliche Träger
		Anzahl			Mill. EUR	Mill. EUR
Baden-Württemberg 1).....	35 183	33 265	1 918	303,7	303,7	-
Bayern.....	44 013	6 524	37 489	325,6	60,0	265,6
Berlin.....	32 673	-	32 673	270,4	-	270,4
Brandenburg.....	8 083	8 075	8	31,5	31,5	-
Bremen 2)	5 934	5 934	-	41,1	41,1	-
Hamburg	14 545	14 545	-	138,2	138,2	-
Hessen.....	25 467	23 008	2 459	234,4	213,3	21,1
Mecklenburg-Vorpommern.....	6 896	2 252	4 644	30,1	6,6	23,5
Niedersachsen.....	36 413	33 067	3 346	241,9	206,9	35,0
Nordrhein-Westfalen 3).....	86 746	77 638	9 108	692,9	551,4	141,5
Rheinland-Pfalz.....	15 692	2 763	12 929	122,9	17,3	105,6
Saarland.....	4 855	4 192	663	34,0	26,1	7,8
Sachsen.....	13 832	11 229	2 603	41,3	34,2	7,1
Sachsen-Anhalt.....	8 164	27	8 137	35,0	0,3	34,7
Schleswig-Holstein.....	12 921	11 748	1 173	97,7	75,9	21,7
Thüringen.....	5 954	5 954	-	25,7	25,7	-
Deutschland 3).....	357 371	240 221	117 150	2 666,2	1 732,2	934,0
nachrichtlich:						
Westdeutschland ohne Berlin 3).....	281 769	212 684	69 085	2 232,2	1 633,9	598,3
Ostdeutschland ohne Berlin.....	42 929	27 537	15 392	163,6	98,3	65,3

1) Empfänger(innen): Bei den unter überörtlichen Trägern gemeldeten Empfänger(inne)n handelt es sich um Fehlsignierungen.

2) Empfänger(innen): Aufgrund eines Softwareproblems liegen für Bremen nur Schätzwerte vor.

3) Empfänger(innen): OHNE die geschätzte Untererfassung in Nordrhein-Westfalen (ca. 14 500 Fälle).